

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Sabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Fannusch u. Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Wilschtr. 3. Fernspr. für Redaktion 1704, für Druckerei 961. Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 225 ggl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feste Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühren: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restelistei Seite 50 Pf. Post-Belegkarte Seite 390

Nr. 154.

Magdeburg, Freitag den 6. Juli 1906.

17. Jahrgang.

Arbeiterferien.

Die Koffer sind gepackt, die Droschke steht vor der Tür. Man steigt ein: Zum Bahnhof! hinaus aus der drückenden Hitze der Stadt! In die Sommerfrische!

Seit Wochen sind ganze Seiten in den Zeitungen gefüllt mit Uebersichten von „bewährten Erholungsstätten“, von Bädern, Kurorten, Hotels, Pensionen, Sanatorien. Einige der großen bürgerlichen Preßorgane geben besondere Beilagen für die Reisezeit heraus, die „Boschische Zeitung“ eröffnet einen umfangreichen Reise-Briefkasten, in dem ausführliche Auskunft über alle möglichen Reisefragen erteilt wird. Die Eisenbahnverwaltungen veranstalten Sonderzüge, welche nun Scharen von Sommerfrischlern aus den unerträglich gewordenen Häusermassen der Großstädte in angenehmere Aufenthaltsorte entführen. Man eilt in die Mittelgebirge, nach Tirol, in die Schweiz, oder zur Ostsee, zur Nordsee, zu den gleisferumrahmten Fjorden Norwegens.

Man darf unter dem Reisepublikum zwei Gattungen sondern, wenn auch vielfach das eine Element in das andere unmerklich übergeht: die eigentlichen Luxusreisenden und die Erholungsbedürftigen. Die Luxusmenschen reifen nicht nur jetzt. Ihr Reichthum gestattet mehr, und die Rede ihres Daseins, dem der Inhalt fehlt, treibt sie wie ruhelos von Genuß zu Genuß. Sie „gehen“ im Winter nach Italien, den ersten Frühling erraffen sie in Baden-Baden, den Hochsommer sitzen sie in eleganten Hotels des Hochgebirges, ohne doch je der Natur nahe zu kommen, vielmehr alle Schönheiten der Natur durch das Hineintragen schmelzgerichteter Luxusgewohnheiten widerwärtig verderbend. Dabei besitzen sie „zu Haus“ eine Villa, ein Schloß, dessen prunkvolle Räume sie im Winter des Jahres unbenutzt lassen — während Hunderte und Tausende von Menschen in nächster Nähe in jämmerlichsten Behausungen sich zusammenzwängen.

Mit Mitteln weniger reich ausgestattet ist die größere Schaar der „normalen“ Sommerfrischler. Da stehen, neben Gewerbetreibenden, Mittelbeamte und die Angehörigen der liberalen Berufe ein Hauptkontingent. Die Anstrengungen des hastenden Lebens, wie es die gegenwärtige Zeit auch für diese Schichten mit sich führt, der Mangel an regelmäßiger Bewegung, die vielfach ungesunde Lebensart dieser Bevölkerungskreise machen die Sommerreise geradezu zu einer physischen und geistigen Notwendigkeit.

Diese alle jedoch bilden nur eine Ober- und Unter-Unterschicht. Unter ihnen steht die Schicht der kleinen Handwerker, der subalternen Beamten, der schlecht bezahlten Volksschullehrer und dann vor allem die große dunkle Masse der heillosen Arbeiter. Auch bei diesem Kapitel von den Sommerferien und Sommerreisen zeigt sich der furchtbare Fluß der heutigen Gesellschaftsordnung: Diejenigen, welche im Jahreslaufe am wenigsten sich mühen müssen, dürfen in unheimlichem Reiseluxus oft fabelhafte Summen vergeuden. Diejenigen aber, welche das ganze Jahr hindurch die schwerste Arbeitsmühsal tragen, sind dazu noch von jeder Ausspannung und Erholung völlig ausgeschlossen. Man braucht nicht einmal an die Reiseausgaben der Millionäre zu denken, selbst „gut situierte“ Bürgerfamilien, Fabrikanten und Kaufherren, geben für die Sommerreise von vier oder sechs Wochen eine Summe aus, die das ganze Jahreseinkommen einer Arbeiterfamilie ausmacht.

Der Arbeiter kennt keine Ferien, keine Sommererfrischung, keine Erholung und Wiederherstellung seiner Kräfte. Frühling wie Herbst, Sommer wie Winter bleibt er ohne Pause an ein Arbeitswerk gezwängt. Auf ihm lastet die Glut der Hochsommermonate am furchtbarsten, die Werkstätten, die Fabrikräume werden unerträglich denn je. Aber das ewig gleichmäßige Arbeitsgetriebe hält den Proletarier fest, die Sorge um das tägliche Brot, um fargen Lohn am Ende der Woche erstickt alles Sehnen, das in ihm lebt, das Sehnen nach einer Frist der sommerlichen Erholung, die doch zugleich auch eine Frist der Freiheit wäre, des jessellosten Hinauseilens durch die Wunder der Natur. Gefundung in der Natur und Schönheit der Natur, dem Arbeiter bleibt alles versagt! Der Arbeiter schafft am Reichthum der Reichen, daß sie in kurzen Wochen vertun, was er in langer Heberarbeit hervorgebracht; er muß auch in des Sommers höchster Glut schwitzend und kochend sich mühen, um neuen Mehrwert für jene andern zu schaffen, die draußen sich ergötzen.

Nur hier und da, ganz ausnahmsweise, regt sich bei den kapitalistischen Beherrschern unserer Zeit die Frage, ob es nicht doch angebracht sei, auch den Arbeitern Sommerurlaub zu gewähren. Die Handelskammer in Bremen hat vor einigen Monaten einen Fragebogen ausgegeben, um festzustellen, welche Einwirkungen auf die

Privatbetriebe stattfinden würden, wenn der Staat oder die Kommunen mit allgemeiner Gewährung von Sommerurlaub an ihre ständigen Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes vorgingen. Die ziemlich ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen durch die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft ist sehr charakteristisch für die Zustände, die in dieser Hinsicht herrschen, sowie für die Anschauungen, mit denen auch „wohlwollende“ Unternehmer an die Behandlung einer solchen Angelegenheit gehen.

Die Aeltesten teilen mit, daß die große Mehrzahl der industriellen Firmen im Berliner Bezirk keinerlei Sommerurlaub gewährt. Viele Industrielle beabsichtigen auch nicht, künftig solchen Urlaub zu gewähren, ein Teil aber ist der Frage „überhaupt noch gar nicht näher getreten“. Nur bei einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Firmen ist dagegen seit ein bis drei Jahren ein Sommerurlaub zur Einführung gelangt. Der Umfang des Urlaubs richtet sich nach der Dauer des Dienstverhältnisses und ist sehr verschieden; es wurde je nach den Jahren und der Art der Beschäftigung ein Urlaub von wenigen Tagen bis zu 2 und 3 Wochen gewährt; an einigen Stellen erhalten die Arbeiter nach dreijähriger Arbeitszeit 8 Tage, nach fünfjähriger 10 Tage Urlaub. Meistens sind die Urlaubsbedingungen, wo sie überhaupt bestehen, noch schlechter.

Großes Gewicht legt dann die Antwort der Aeltesten auf die Wirkungen, welche die Urlaubsgewährung „auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ ausübe. Die Meinungen über diese Wirkungen seien verschieden:

Auf der einen Seite wird die Auffassung vertreten, daß das Interesse, welches die Arbeitgeber durch Gewährung des Urlaubs den Arbeitern gegenüber gezeigt haben, in keiner Weise eine Entschädigung für die Schwerkraft ihres Auftretens bei Forderungen von Lohnerhöhungen gemilbert habe. Auf der andern Seite findet sich dagegen die Ansicht, daß das Entgegenkommen der Arbeitgeber von den Arbeitnehmern doch wohl gewürdigt werde. Das Verhalten der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern sei das Produkt einer Fülle von Ursachen. Daher lasse sich naturgemäß die Art der Einwirkung einer einzigen Ursache, wie der Sommerurlaub, nicht mit Sicherheit feststellen. Immerhin könne man nicht daran zweifeln, daß der Sommerurlaub eine wohlthätige Wirkung ausübe und daß er, auch unter dem Gesichtspunkt des Arbeitgeberinteresses betrachtet, kein vergebliches Opfer bedeute.

Man betrachtet auch diese Angelegenheit nicht, wie es selbstverständlich sein sollte, als hygienische Frage und als eine Frage berechtigter Ansprüche des Arbeiters, sondern unter dem Gesichtspunkt der kapitalistischen „Wohltätigkeit“ und der „Wirkungen“ auf die Stimmungen der Arbeiter gegen die Unternehmer. Man scheint auch nicht zu begreifen, daß die Arbeiter sehr wohl „das Entgegenkommen“ „würdigen“ können, ohne darum ihre sonstigen Forderungen irgendwie zu mildern oder zu verringern. Wenn Unternehmer sich freilich einbilden, Arbeiter durch „Gewährung“ von ein paar Tagen Urlaub gefügig zu machen, so wäre das eine ebenso aussichtslose Hoffnung, wie ein Beweis für die Hintergedanken, die dem „Entgegenkommen“ des Unternehmers oft zugrunde liegen.

Eine sommerliche Erholungsfrist für die industrielle Arbeiterklasse wird nur angebahnt werden, wenn die Arbeiterklasse selbst diesen Anspruch auf die Tafel ihrer Forderungen setzt. Bisher konnte in dieser Richtung sehr wenig geschehen, da noch so viele und noch weit dringendere Forderungen in bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit unerfüllt sind. Gleichwohl ist es gut, auch diese Forderung eindringlicher als bisher zu erheben.

Oder ist es ein wesentliches Zubehör der heutigen herrlichen Gesellschaftsordnung, daß diejenigen sich „erholen“ dürfen, die wenig oder nichts tun, während die Mühseligsten um jede Erfrischung und Labung dauernd betrogen bleiben?

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 5. Juli 1906.

Ländliche Sklaverei in Preußen.

Niemand in der Welt ist rechtloser als der ausländische Landproletarier, der alljährlich zur Sommerszeit in das preussische Land kommt, um den Junkern das Korn zu schneiden und in die Scheune zu fahren. Er ist seinem Herrn auf Gnade und Ungnade ausgeliefert; er behält ihn, solange er ihn braucht, er läßt ihn als lästigen Ausländer über die Grenze schieben, wenn er überflüssig wird oder sich irgendwie mißlieblich macht. Trotzdem bringt es die ländliche Arbeiternot mit sich, daß viele dieser russischen, polnischen, ruthenischen Landproletarier ihrem Herrn ent-

laufen in der Hoffnung, an anderer Stelle bessere Bezahlung und Behandlung zu finden. Bringt sie dann ihr ursprünglicher Arbeitgeber zur Anzeige, so werden sie als kontraktbrüchig steckbrieflich verfolgt, abgestraft und ausgewiesen. Kurz, es ist die vollkommene Sklaverei.

Aber den Gutsbesitzern ist sie noch lange nicht vollständig genug. Im vorigen Jahre ward der Versuch gemacht, die Vermittlung von Arbeit an kontraktbrüchige Arbeiter und ihre Anwerbung unter Strafe zu stellen. Da der Versuch damals wegen seiner völligen Verfassungswidrigkeit mißlang, sucht man jetzt neue Mittel und Wege, um die Untertänigkeit der ausländischen Landproletarier unter ihren Arbeitgeber vollkommen sicherzustellen. Hauptächlich zu diesem Zwecke hat der Freiherr v. d. Goltz-Mertensdorf in der „Ostpreussischen Zeitung“ einen Aufruf erlassen, der zur Bildung eines ländlichen Arbeitgeberverbandes auffordert. Junfer v. d. Goltz will mit Hilfe seines Vereins durchsetzen, „daß jeder ausländische Arbeiter bei seinem Arbeitsantritt eine auf Ort und Namen seines Arbeitgebers ausgestellte Legitimationskarte als Ausweis erhält, deren Besitz ihn allein für die angeführte Stelle zur Arbeit berechtigt“. Ausländische Arbeiter, die in dem Besitz einer solchen Legitimationskarte nicht sind, müßten nach dem Plane des Junkers v. d. Goltz ausgewiesen werden.

Mit andern Worten heißt das: Ausländischen Proletariern soll der Zutritt zu preussischen Gebiete bloß durch die Herren Grundbesitzer gestattet werden dürfen. Diese ausländischen Proletarier würden dann selbstverständlich das durch die Handelsverträge garantierte Recht, sich überall zu Erwerbszwecken niederzulassen, verloren haben; ihre Freizügigkeit würde vollkommen aufgehoben sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ geht noch einen Schritt weiter, indem sie im Sinne des verhängten Kontraktbruchsgesetzes die Verhaftung jener Arbeitgeber verhängt, die legitimationslose Arbeiter in ihre Dienste nehmen.

Die doppelte Sicherung des Goltz'schen Systems scheint uns überflüssig, weil das System auch so ganz prompt funktionieren würde; indes zeigt der Vorschlag des Agrarierblattes noch deutlicher, wohin der Weg dieser Herren geht. Es handelt sich tatsächlich darum, für die abgeschafften Einrichtungen der Sklaverei, der Hörigkeit und Leibeigenschaft einen Ersatz zu schaffen, der den ostelbischen Plantagenbesitzern alle Vorteile der alten Betriebsform gewährt, sie zugleich aber auch aller moralischen Verantwortlichkeit entleidet. Die Schamlosigkeit des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses und die brutale Sklaverei des Feudalismus vereinigen sich hier zu einem vollkommenen Ganzen.

Es liegt im Interesse des gesamten arbeitenden deutschen Volkes, gegen solche Pläne nachdrücklich Protest zu erheben. Sie widersprechen nicht nur der gerühmten „christlichen Kultur“, sondern fügen auch dem ganzen wirtschaftlichen und politischen Leben der Nation den schwersten Schaden zu. Wir haben an unsern Junkern wahrhaftig genug, so wie sie sind. Der Goltz'sche Plan aber läuft darauf hinaus, das ländliche Arbeitertum zu einem Gefindel nach Art der so genannten Edelmenschen umzuzüchten und noch tiefer ins Mittelalter zurückzuführen, als wir ohnehin dümpelten.

Ein Volk, das Sklaven in seiner Mitte duldet, ist selbst reif zur Sklaverei!

Der Kreistag souverän — die Städte rechtlos.

Das Herrenhaus setzte am Montag, die „Schlußberatung“ des Volksschulgesetzes. Die wiederholte Abstimmung über den Antrag Böhmung zugunsten der Autonomie der Kreisausschüsse — der Antrag war am Dienstag von der Regierung für unannehmbar“ erklärt worden — ergab seine Annahme, sogar mit verstärkter Majorität. Die bürgerlich-proletarisch-bürgermeisterliche „Linke“ unter Leitung des Oberpräsidenten von Schlesien, Herzog Trautenberg-Gahfeldt, errang einen kleinen Sieg, indem sie eine Bestimmung aus der Vorlage strich, wonach funktionelle Unterschußkommissionen den Städten wider ihren Willen aufgezwungen werden können.

Es bleibt aber abzuwarten, ob diese kleine Verbesserung nicht der Kompromisselei zum Opfer fallen wird, die schon hinter den Kulissen arbeitet und bereits am Mittwoch beim Rektorenparagrafen einen sichtbaren Triumph erfochten hat. Die Herrenhauskommission hatte sich hinsichtlich der Rektorenfrage den Städten etwas gnädiger gezeigt als die Junker des Dreiklassenhauses. Nun aber kam der Gultenburger Vorstoß und beantragte, vom Ministerium unterstützt, die Verballhornung der Vorlage im Sinne der Wiederannäherung an die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. Es half dem Veder, Ehlers und sonstigen Bürgermeistern nichts, daß sie mit aufgehobenen Händen das Plenum beschworen, nicht durch das kardinische Joch zu gehen. Das Vorstoß-Kompromiß gelangte zur Annahme.

In demselben Augenblick, wo das Herrenhaus das farge

Zugeständnis zurücknahm, das seine Kommission den Städten gereicht, bekräftigte es die Schulpatronats-Rechte der Junker und nahm einen dahingehenden Antrag Burgsdorff an, für den sich u. a. auch der Prozeßgegner der Milewka, Herzog Günther von Schleswig-Holstein, ins Zeug legte. Die Ermittlung Westpreußens und Posen von dem Gesetz entziffelte noch eine lebhaft Polen- und Antipolendebatte, in der v. Roscielski pathetischer, aber auch eindringlicher als seine habsburgischen Gegner sprach.

In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Bürgermeister und einiger Professoren angenommen. Am Sonnabend soll die nächste Sitzung stattfinden; man rechnet damit, daß der Ruchhandel zwischen den beiden Säulern bis dahin perfekt sein wird.

Eine neue Liebesgabe.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst ein Bündel Petitionen und warf alsdann den Agrariern eine neue Liebesgabe in Gestalt eines Gesetzes über die Verschuldungsgrenze des Land- und forstwirtschaftlichen Reiches in den nimmer-satigen Tagen. Die Genossenschaften und die Zentralgenossenschaftskasse sollen dem erhabenen Zweck, die Junker zu „entschulden“, dienstbar gemacht werden.

Der Freisinnige Crüger wandte sich gegen die Vorlage, die selbst den Nationalliberalen und einem Teil des Zentrums unüberwindlich ist. Wohlwollend erwarb sich durch „warmes“ Eintreten für die Vorlage, die natürlich angenommener wurde, den Dank seiner agrarischen Freunde.

Am Freitag ist die nächste Sitzung. Die vom Herrenhause abgeänderte Schulvorlage steht auf der Tagesordnung.

Der Leipziger Wahlrechtskampf.

Die schon vor einiger Zeit angekündigte Wahlrechtsvorlage des Leipziger Stadtrats ist nun den Stadtverordneten zugegangen. Sie sieht sechs Abteilungen vor, die je zwölf Abgeordnete wählen. Die erste Abteilung umfaßt alle, die der Invaliditäts- und Altersversicherung unterliegen, die zweite Aerzte, Beamte, Geistliche, Lehrer und Rechtsanwältinnen mit einem Einkommen über 3000 Mark, die dritte die Handels- und Gewerbetreibenden mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark, die vierte solche mit einem Einkommen über 10000 Mark, die fünfte alle sonstigen Bürger, einschließlich der freien Berufe, mit einem Einkommen über 3000 Mark, endlich die sechste mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark.

Da die Vorlage den Stadtverordneten noch vor den Ferien zugegangen ist, besteht offenbar die Absicht, den Wahlrechtsraub recht schnell in Sicherheit zu bringen. Unsere Genossen werden eine lebhaftige Agitation gegen diese Art „Wahlrecht“ entfalten. Die Entscheidung hängt aber davon ab, wie sich die jetzt die zweite Wählerklasse beherrschenden Hansbesitzer zu dem Wahlrechtsraub stellen werden.

Deutsche Spoligans.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Zentralorgan des patriotischen Bündlerturns, gebärdet sich wie wild darüber, daß eine bürgerliche Versammlung in Berlin den Juden einschlägtern von Wialystok ihren Absichten ausgesprochen und dafür den Dank des Dumapräsidenten, Professor Krummgen, empfangen hat. Das Agrarblatt erklärt feierlich, daß hinter der Berliner Versammlung „nur das Volk Israel“, aber nicht das deutsche Volk stehe, und droht, gegen die Berliner Protestversammlung Protestversammlungen auf dem Lande einzuberufen, um die „ungemein schädliche Wirkung dieses Kummels“ zu torrigieren.

Dem deutschen Volk ist schon viel geboten worden. Man behauptet von ihm, es „jubelt“, wenn eine Prinzessin ein Kind kriegt und daß es „mitempfindet“, wenn eine Durchlaucht Zahnschmerzen hat. Daß aber „das deutsche Volk dagegen protestiere“, wenn man Wärdern und Frauen-schändern in seinem Namen seine Unterstützung ausspricht, das hätte das deutsche Volk wohl bisher noch nicht zu träumen gewagt.

Seit Wochen benützt der Graf Büdler-Klein-Tschirne einen Festungsurlaub dazu, um in Berliner Versammlungen für einen Pogrom nach Art des Wialystoker Stimmung zu machen. Wenn wir dergleichen bisher für das wüßte Geisteskrankes gehalten haben, für das weder der adlige Stand noch die Partei, zu der sich Graf Büdler zählt, verantwortlich zu machen sei, so bekehrt was jetzt die „Deutsche Zeitung“ eines Schlächters.

Der Siebenstundentag.

Der französische Minister des Innern, Herr Clemenceau (sprich: Klemango), ist ein Mann, der seine Macht gern mit Blitz und Donner beweist. Man muß es ihm zugestehen, daß er diese Zeigung zuweilen auch am passenden Orte bezeugt. Das Donnerwetter zum Beispiel, das er seinen in seinen engeren Bereich, in den Amtsstuben des Ministeriums des Innern, hat niedergehen lassen, wäre an den entsprechenden Stellen auch in andern Ländern am Plage.

Herr Clemenceau hat über seine Beamten den Siebenstundentag verhängt. Bisher hatten die Herren, von denen die meisten die Achtstundensforderung der Arbeiter als eine Annäherung arbeitstheuer Menschen ansehen, nur sechs Stunden als Amtszeit zugewiesen. Aber diese Reform ließe die Herren kalt, wenn der Minister nicht eine andre, ganz anders in ihr Leben einschneidende mit ihr verbunden hätte.

Man denke: Herr Clemenceau verlangt, daß sie in ihren Amtsstuben wirklich im Amt anwesend sein sollen! Die Schreier soll künftig eine rüchsigellose Disziplin zu Paaren treiben.

Diese Verfügung hat die Herren ganz außer Rand und Band gebracht. Denn viele ließen sich in ihrem Bureau von einem an die Wand gehängten alten Ueberzieher und einem abgedregenen Zylinderhut vertreten und gingen vorher-

halb des Amtes verchiedenen Geschäften nach. Manche waren Sekretäre bei Parlamentariern, andre konferierten als Theatersekretäre mit hoffnungsvollen Autoren und erfreuten sich am Defilee hübscher Schauspielerinnen. Es gab aber auch profaischere Seelen, die die von der Republik bezahlten Amtshunden einem Weinhandel widmeten.

Das soll nun ein Ende haben. Die Beamten des Ministeriums werden ihre vorgezeichnete Zeit wenn nicht abarbeiten, so doch abfügen müssen. Am besten werden noch diejenigen fahren, die sich der Muse ergeben haben und Romane und Theaterstücke schreiben. Denn das läßt sich schließlich auch am amtlichen Schreibtisch besorgen.

Holland.

Vor einiger Zeit machten holländische Blätter Mitteilungen von verbrecherischen Manipulationen gewisser Fischereigesellschaften, die ihre Leute auf alten gebrechlichen Masten, „Schwimmenden Särgen“, wie man sie nannte, in die stürmische Nordsee schickten. Kommen die Fischer wieder, so ist es gut, die Fischereigesellschaften sparen dann die Ausgabe für neue Schiffe, gehen die schwimmenden Särgen aber unter, so ist es auch gut, sie sind sehr hoch versichert, und die Meeder stecken schmunzelnd die Versicherungssumme ein. Daß die Befugung ihr Leben lassen muß, stört die frommen Mythenbesitzer bei diesem Geschäft weiter nicht. Die Enthüllungen der Presse über diese verbrecherischen Manipulationen erregten großes Aufsehen und durch eine Interpellation an die Regierung wurde auch die Zweite Kammer veranlaßt, sich damit zu befassen. Der Abgeordnete Verheg verlangte dringend, daß dem schlimmsten Mißbrauch, jeuntüchtliche Schiffe zum Fischfang auszuheilen zu lassen und das Leben der Mannschaft in frivoler Weise zu wagen, so rasch als möglich ein Ende bereitet und daß auch hier die, wie der Minister nachher zugeben mußte, gar nicht bestehende Staatsaufsicht nach dem Beispiel von Deutschland, England, Frankreich und Norwegen eingeführt werde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schaper fragte, ob das Strafgesetzbuch keine Handhabe biete, um solche gewissenlosen Mörder zu verfolgen und eine gründliche Magia unter ihnen zu halten. Denn, führte er aus, diese Menschen spekulieren auf den kalvinistischen Fatalismus der Fischer, die nun einmal des festen Glaubens leben, daß der Mensch vor der ihm von hoher Hand bestimmten Stunde nicht sterben werde. Der Minister stellte einen Gesetzentwurf in baldige Aussicht, durch den dem Mißbrauch ein Ziel gesetzt werden soll; er bemerkte übrigens, er habe sofort nach den Mitteilungen in der Presse den Inspektor der Schifffahrt angewiesen, sich von den tatsächlichen Verhältnissen mit eigenen Augen zu überzeugen, und es seien infolgedessen auch einige Fischerboote für jeuntüchtig erklärt worden.

Die Kammer beruhigte sich mit dieser ministeriellen Erklärung und ging in die Ferien. Vorher nahm sie noch gegen die Stimmen unjurer Genossen ein sogenanntes Arbeitskontraktgesetz an, das einige Verbesserungen des geltenden Rechtszustandes enthält, aber auch Bestimmungen, die das Streiken erschweren sollen; außerdem verhandelte sie noch über eine Resolution unfreier Genossen Troelstra gegen die schwindelhaften Gründungen von Aktiengesellschaften. Troelstra hielt eine von großer Sachkenntnis zeugende Rede. Er wurde ein paarmal zur Ordnung gerufen, als er mitteilte, daß einer der Schwindler, gegen die die Gesetzgebung einschreiten sollte, unter den anwesenden Kammermitgliedern sei. Seine Resolution, in der Ergänzungen des Handels- wie des Strafgesetzbuchs gefordert werden, wurde von der Kammer angenommen. Die Regierung versprach, gesetzgeberische Maßnahmen vorzuschlagen.

Italien.

Die Enthüllungen Ferris über die Korruption in der Marineverwaltung hatten nicht nur zu einer Gefängnisstrafe für den Ankläger, sondern auch zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses geführt. Am Mittwoch erstattete dieser seinen Bericht in der Deputiertenkammer. Ueber das Ergebnis der Sitzung teilt der Telegraph mit: Giolitti beantragte, folgender Tagesordnung zuzustimmen: Die Kammer beauftragt nach der Entgegennahme der Erklärungen der Regierung ihr Vertrauen zur Marine und nimmt die Tagesordnung an. Die von der Regierung und der Kommission akzeptierte Tagesordnung wird durch Handaufhebung einstimmig angenommen, die äußerste Linke trümmte dagegen. Nach der Abstimmung erhebt Bispolari (Sozialist) Protest, weil der Präsident nicht die von den Sozialisten beantragten Tagesordnungen zur Abstimmung gebracht habe. Der Präsident bemerkt, er habe geglaubt, daß alle andern Tagesordnungen zurückgezogen worden seien. Als das Haus nun zur Feststellung der nächsten Tagesordnung schreitet, beantragt Ghisla (Republikaner), daß das Haus zuvor noch über die von den Republikanern beantragte Tagesordnung betreffend die Anweisung der Verhältnisse in der Marine abstimme. Der Präsident befragt die Kammer, ob sie noch eine neue Abstimmung für angängig halte. Die Kammer spricht sich mit großer Mehrheit gegen eine neue Abstimmung aus, und der Präsident schließt unter Lärm der Republikaner die Sitzung. Ghisla will darauf zu dem Präsidenten hin vordringen, wird aber von den Sekretären der Kammer zurückgestoßen, andre Deputierte mischen sich in den Streit und es kommt zu verächtlichen Konstellationen. Auch einige sozialistische Abgeordnete veruchen, die Tribüne zu besteigen. Der Lärm nimmt zu und schließlich werden Karten geworfen. Zur höheren Ehre der Betrüger in Marinemangei scheinen sich also ein paar Abgeordnete schlagen zu wollen.

Amerika.

Der Staatsminister der Vereinigten Staaten von Amerika scheint die Absicht zu haben, durch große Parte die fleischliche Manipulationen vergessen zu machen. Ein von ihm veröffentlichter Bericht bezeugt, daß der amerikanische Viehstand der gegenwärtigen Welt sei. Nichtig ist allerdings, daß dem Landwirtschaftsministerium bisher die Ermächtigung und das Geld gefehlt haben zu einer wirksamen Aufsicht über die Durchführung sanitärer Vorkehrungen und die bei der Herstellung von Viehfleisch angewandten Methoden. Jetzt ist es mit hinreichenden Geldern und Hilfsmitteln versehen, um die Anordnungen auszuführen. Die Verantwortung und Unternehmung soll ausgeführt werden von der Seite bis zur Verpackung, und die bundesstaatliche Zinplombe soll nicht nur für die Gesundheit des Tieres bürgen, sondern auch dafür, daß die Ware in einer gesunden Umgebung ohne Zutag schädlicher Chemikalien oder Konservierungsmittel erfolgt ist. — Die Zeitungsblätter hören man wohl, allein es fehlt der Glaube!

Die russische Revolution.

Das Gemetzel von Wialystok.

Die zur Prüfung der Schlächtereien in Wialystok aus Auftrag des dort vom 14. Juni ab stattgehabten Pogroms ernannte Kommission von Dumamitgliedern hat einen Bericht veröffentlicht, der im Auszuge folgendermaßen lautet:

Seit der Ernennung des dortigen Polizeimeisters Deratzenko waren Berichte über einen bevorstehenden Pogrom (Judenverfolgung) im Umlauf. Die Polizeimannschaften waren durch die Ernennung

mehrere Mitglieder ihrer Truppe, die sie den Juden zuschrieben, aufgebracht und Agitatoren reizten die niederen Volksschichten gegen die Reichen auf und suchten auch die Truppen durch Flugblätter aufzureizen, wobei Juden und Revolutionäre als identisch hingestellt wurden.

Bereits vor dem 14. Juni erhielten die Feldweibel eines Regiments den Befehl, den Mannschaften mitzuteilen, daß am 14. Juni eine orthodoxe und eine katholische Prozession stattfinden werde, die Juden würden eine Bombe werfen und die Pogrom werde folgen. Als nun am 14. Juni die orthodoxe Prozession in die Justizstraße einbog, wurde sie aus einem Hause derselben beschossen, und einige Teilnehmer bemerkten, daß etwas Fühendes geworfen wurde. Sofort erschienen Truppen, die in der benachbarten Reichsbankstraße bereit gehalten waren und feuerten auf die Häuser. Diefelbe Szene wiederholte sich auf dem Bosar, wo die zweite Bombe geworfen wurde.

Es folgte dann ein Ueberfall von Wagnabunden auf eine Apotheke und der Pogrom begann. Wagnabunden und Polizisten plünderten die Läden und die Soldaten folgten ihrem Beispiele. Es entwickelte sich eine Jagd auf die Juden, die man aus ihren Häusern trieb, um sie draußen zu erschließen. Auch auf dem Bahnhof sammelten sich Haufen von Wagnabunden, um flüchtende oder ankommende Juden abzufangen, trotzdem der Bahnhof von Dragonern und Infanterie besetzt war und die Offiziere der in Wialystok stehenden Regimenter Uglitsch, Kasan und Wladimir im Bahnhofrestaurant saßen. Am 14. Juni traf auch der Gouverneur von Grodno auf dem Bahnhof von Wialystok ein, ohne daß sich jedoch Polizei, Soldaten und Wagnabunden durch seine Anwesenheit lösen ließen. Auch am 15. Juni dauerte das Morden fort. So wurden beispielsweise von zehn mit einem Zuge eintreffenden Juden acht sofort getötet. Auch der auf dem Bahnhofs anwesende Staatsanwaltsgehilfe und die übrigen Amtsperjonen, die dort anwesend waren, trübten keinen Finger, um den Gewalttaten gegen die Juden ein Ende zu machen.

Nachdem noch eine Anzahl Aussagen von Augenzeugen über jene blutigen Vorgänge aufgeführt sind, geht der Bericht zu folgenden Schlußfolgerungen über:

Vor allem ist die Blamäsigkeit des Programms hervorzuheben, der an die Strafexpeditionen in den Ostprovinzen und Sibirien erinnert. Der Tag ist genau vorher bestimmt, ebenso auch die Gelegenheit, bei der der Pogrom seinen Anfang nehmen soll, nämlich der Ungang der Kirchenprozessionen, wo mit der religiösen Stimmung der Menge gerechnet werden konnte. Doch wer war der Organisator? Der Gouverneur von Grodno, Kfister, der noch vor dem Pogrom um Entfernung des Bischofs Scherevickitsch aus Wialystok als dem Hauptheber von einer jüdischen Abordnung gebeten war, verweigerte dies; er war auch am 15. Juni in Wialystok, als der Pogrom bereits im Gange war, ohne etwas zu tun, und fuhr von dort nach Wilna zum Generalgouverneur. Entweder also mußte er von dem Pogrom und ließ ihm seinen Lauf, oder er stand den Vorgängen infolge einer geheimen Gewalt ohnmächtig gegenüber.

Als die Dumaabgeordneten Jakubzon und Schestel am 15. Juni sich an den Minister des Innern mit der Bitte um Ergreifung von Maßnahmen, um dem Morden Einhalt zu tun, wandten, wurde dieses aufgefaßt; ein Erfolg ist aber, wenn solche Maßnahmen überhaupt angeordnet worden sind, nicht zutage getreten. Die Polizei unterließ vom Anbeginn an nicht nur jede Maßnahme zur Unterdrückung des Pogroms, sondern entfesselte noch obendrein durch ihre niederen Organe wilde Leidenschaften. Die Polizei ordnete die Erschießung von Personen an, welche sie zu Revolutionären gestempelt; sie führte Wagnabunden an, als diese plünderten und Juden ermordeten.

Schließlich ist zu bemerken, daß die Militärbrigaden die Gewalt in der Stadt vor Verhängung des Kriegszustandes an sich genommen und die Stadt Schutzeilen und bewaffneten Soldaten ausgestattet haben, die auf Weisung von Schutzeilen und Wagnabunden oder nach eigenem Ermessen unbewaffnete Juden, die keinen Widerstand leisteten, erschossen. Von wem ist dem Gouverneur am 14. und 15. Juni die ihm zustehende Gewalt entzogen und diese den Militärbehörden übergeben worden? Diese Frage muß das Kriegsgericht aufklären!

Die Dumaabgeordnete belegen ihre Behauptungen mit einer Anzahl von Dokumenten und sonstigen Beweisstücken. Sie werden bei der Erörterung der Einzelheiten, die für Donnerstag angefaßt ist, ihre Dienste tun. Die Schuld der zarischen Behörden und Kreaturen wird klar erwiesen werden. Daran wird eine lange Rechtfertigung, die der Zarismus durch sein Telegraphenbureau in die Welt telegraphieren läßt und die von der bürgerlichen Presse ganz ernsthaft aufgenommen wird, nicht das geringste ändern.

Wialang hatten die zarischen Schlächter nichts zu fürchten. Sie konnten plündern und morden; eine richtende Öffentlichkeit gab es nicht. Die Außenwelt wurde verschwendend mit Lügen gefüttert. Erst nach Wochen kam die Wahrheit stückweise ans Licht; sie konnte dann weder etwas verhüten noch etwas heilen. So war es in Kischinew, in Homel und an hunderten anderer Plätze.

Jetzt ist die Zeit der tyrantischen Willkür vorbei. Zwar ist es noch möglich, Juden-schlächtereien zu veranstalten; aber es ist nicht mehr möglich, den amtlichen Ursprung und die amtlichen Verüber der Bestialitäten im Lügennebel verwickeln zu lassen. Die Duma hat nicht gezögert, sich die Exekutive zuzusprechen und sie sofort auszuüben. Den diebischen Mordern des Zarismus sind die Sendboten des Volkes auf den blutigen Fersen gefolgt. Ihr Erscheinen hat das Ende der Morderei herbeigeführt und ihre Anklagen werden einen Gerichtshof finden, der dem Zarismus mit gellender Stimme sein Schuldig spricht.

Das Volk aber wird den Urteilspruch eines Tages vollstrecken.

Der brüderliche Gruß.

Ueber das Thema „Die russische Wastille“ hielt dieser Tage in Paris der Advokat Eugene Petit in der bis auf das letzte Plätze gefüllten Salle des Agriculteurs einen Vortrag über die Behandlung, die den politischen Verurteilten in Rußland zuteil wird und die der aus der Peter-Pauls-Festung und dem Gefängnis von Schlüsselburg entwichene russische Freiheitskämpfer Staradowsky, der der Versammlung bewohnte, dem Vortragenden verbrüht hatte. Das Hauptereignis des Abends war aber die Rede des Akademikers und Sozialisten Anatole France, der sich fast ausschließlich mit den russischen Finanzen und der Beteiligung Frankreichs an den russischen Anleihen befaßte.

„Wir wissen ganz genau“, rief Anatole France aus, „unter welchem Zwange die derzeitigen Minister der unheilvollen Operation von 1906 zugestimmt haben. Sie taten es unter dem Druck der Notwendigkeit. Sie sind dazu durch eine lange Reihe von Zeitrümern und Schlemm gebracht worden, denen sie durchaus fern standen. Sie haben geglaubt und traurig ihre Unterschrift hergegeben. Das verzeihen wir. Sollten sie selbst leugnen, so würden wir doch unsere Erklärung aufrechterhalten. Wir würden ihnen

Parteileitung, Generalkommission und Massenstreik.

Wir wollen heute noch zwei Parteiblättern aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet das Wort zu der leidigen Generalkonferenz geben. Zunächst der Dortmund- und „Arbeiter-Zeitung“, die schreibt:

Das Mißverständnis zwischen zwei so bedeutenden Faktoren, wie es Parteivorstand und Generalkommission sind, ist ungemein bedauerlich, denn damit wird Verwirrung in die Massen hineingetragen und das erschwert die Agitation für den politischen Massenstreik. Es ist u. E. entschieden ein Fehler gewesen, daß der Parteivorstand erklärt hat, gegenwärtig von einer Propaganda für den politischen Massenstreik absehen zu wollen. Der Generalkonferenz hat den politischen Massenstreik als proletarisches Kampfmittel anerkannt und dafür treibt man dann nicht nur gelegentlich, sondern stets Propaganda, um die Massen mit der Handhabung dieser Waffe vertraut zu machen. Daß die Generalkommission den Satz Bebel's anders gedeutet hat, das ist uns sehr verständlich, wenn wir bedenken, welche Stellung der Kölner Gewerkschaftsverband gerade zu dieser Frage einnahm, wie er die Propaganda des Massenstreiks in den Gewerkschaften sogar direkt verbot. Hier herrschen Differenzen zwischen zwei für die deutsche Arbeiterbewegung obersten Instanzen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind und deshalb unbedingt auf dem Parteitag in Mannheim erörtert werden müssen. Nicht etwa ein faules Kompromiß, sondern Klarheit muß geschaffen werden, die Massen werden dann schon von selbst vorwärts drängen.

Das andre Parteiblatt ist das Bochumer „Volksblatt“, das seine Kritik vor allem gegen den Parteivorstand richtet. Der Schluß der Parteivorstandserklärung hat auf unser Bochumer Parteiblatt den Eindruck „bölliger Ratlosigkeit“ gemacht.

Die gesamte bürgerliche Presse — so schreibt es — ist voll von dem Wogende und begleitet ihn mit den entsprechenden Kommentaren, und während nun die Parteigenossen erwarten, daß der Parteivorstand sofort alle Schritte tun werde, um den Gegnern dieses gefundene Fressen aus den Zähnen zu reißen, beharrt er uns als Letztes die beiden Erklärungen mit dem ratlosen Schluß: „Nun seht Ihr zu! Wir wissen nicht, was wir tun sollen!“

Der Parteivorstand behauptet zwar, er werde seinerzeit wissen, was die Situation zu tun gebietet, wir hätten aber gewünscht, er hätte auch jetzt gewußt, was die Situation zu tun gebietet. Und jedenfalls gebot die Situation alles andre eher, als die Abgabe der miteinander völlig unvereinbaren Erklärungen der Generalkommission auf der einen und Bebel's und des Parteivorstandes auf der andern Seite, Erklärungen übereinander, die einander vorzeichnen. . . .

Wir stellen die Frage, warum die Vorstandserklärung mit keinem Worte auf den Satz der Generalkommission eingeht: „Darauf verlas Genosse Silberschmidt die Sätze nochmals“, ferner auf die Worte: „Die Sätze, so wie sie nun festgelegt waren“, und schließlich auf den Satz: „Diese Sätze sind in dem Protokoll über die Beratungen der Konferenz so wiedergegeben, wie sie in der Sitzung am 18. Februar festgestellt wurden.“ Auf alle diese wesentlichen Behauptungen, die eine ganz bestimmte, von allen Anwesenden anerkannte Formulierung der sechs Sätze unterstellen, geht der Vorstand in seiner Erklärung mit keinem Worte ein, sondern er hält sich nur an die Stellen des betreffenden Satzes, daß Bebel nach der ersten Verlesung der Niederschrift der sechs Punkte einige Einwendungen gemacht habe und daß die Vertreter der Generalkommission den Auftrag gehabt hätten, die Sätze weiteren Beratungen zu unterbreiten. Der Vorstand habe keinen Auftrag

erhalten und habe auch kein Recht, der Generalkommission Aufträge zu erteilen, und Bebel habe keine detaillierte Nichtigstellung der Silberschmidt'schen Niederschrift der sechs Punkte gegeben, sondern nur allgemein falsche Auffassungen zurückgewiesen. Ja, um alles in der Welt, was hat man denn in jener gemeinschaftlichen Sitzung von 10 oder 15 Partei- und Gewerkschaftsführern getan und was wollte man denn eigentlich? Es sollte Klarheit darüber geschaffen werden, in welchem Umfange der Parteivorstand bei der Anwendung des Massenstreiks auf die Unterstützung der der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften rechnen könne. Dazu steht Bebel schriftlich sechs Punkte auf, bringt sie in die Sitzung mit, dann hält er eine längere Rede, in der er wahrscheinlich seine sechs Leitsätze vorgelesen hat, die Gegenseite schreibt die Leitsätze nieder, „Ist es nicht so“, liest das wieder vor und dann verhandelt man nicht etwa über die Abweichung der beiden Niederschriften voneinander, man vergleicht nicht die beiden Niederschriften miteinander, sondern — man redet wiederholt, um falsche Auffassungen zurückzuweisen, und Bebel gibt es schließlich auf, die nochmals verlesene, immer wieder falsche Niederschrift Silberschmidt's ins Lot zu bringen, wahrscheinlich, weil er es für nutzlos hielt! Und das tun 15 führende Leute, die zusammengekommen sind, um gewissermaßen als Generalkab sich über ganz bestimmte Formen ihres Zusammenwirkens in einer Frage zu verständigen, bei der es sich um die Existenz der Organisationen handelt kann!

Der Artikel beschäftigt sich dann weiter mit der Frage, ob den Generalkommissionsvertretern ein „Auftrag“ erteilt worden sei und durch wen — eine Frage, die durch die gestrigen von uns veröffentlichten Erklärungen entschieden ist — und wirft dann die Frage auf, weshalb die auf der Konferenz anwesenden Gewerkschaftsführer, darunter auch einige Reichstagsabgeordnete, nicht mit Bebel über seinen, von Silberschmidt behaupteten Gesinnungswechsel gesprochen haben, am dann fortzufahren:

Genug! Wir wollen nicht weiter in die — keineswegs schon alle ausgehöpften — Unbegreiflichkeiten dieser politischen, aber sehr unpolitisch geführten Aktion eindringen. Die paar von uns erörterten Punkte dürften gezeigt haben, daß man es an den elementarsten Erfordernissen einer Verhandlungssaktion hat fehlen lassen. Man hat bei diesen Verhandlungen nicht gezeigt, daß man erkannt hat, was die Situation gebietet, man hat es im ganzen Verlaufe der Angelegenheit nicht gezeigt, und man hat es am allerwenigsten bei dem gegenwärtigen Abschluß, bei diesen Erklärungen gezeigt. Die beiden Erklärungen dürften uns auf keinen Fall geboten werden, weil sie die Situation schlimmer machen, als sie nach den Entfaltungen der „Einigkeit“ ohne Erklärungen war. Was denn nun? Dürfen wir denn nach dieser Aktion nun wirklich erwarten, daß man in gegebenem Augenblick wissen werde, was die Situation gebietet?

Auch unser Bochumer Parteiblatt ist der Meinung, daß die Propaganda für den Generalkonferenz nicht vertagt werden könne. Es müsse unablässig und gründlich über ihn diskutiert werden, damit die organisierten Arbeiter, wenn sie ihn anwenden sollen, damit vertraut und dazu befähigt sind. Wenn der Parteivorstand erkläre, er habe nicht die Absicht, gegenwärtig den Massenstreik zu propagieren, so dürfe man das nicht billigen und es bleibe nach alledem die Frage: Dürfen wir wirklich noch erwarten, daß der Parteivorstand weiß, was die politische Situation zu tun gebietet und daß er im rechten Augenblick das Rechte tun werde?

Auch der „Vorwärts“ hat in seiner Mittwochnummer in einem Leitartikel die Kontroverse besprochen, wobei aller-

dings der größte Teil der Ausführungen augenblicklich nicht strittigen Fragen über den Massenstreik gewidmet wurde. Ueber unser spezielles Thema wurde dabei ausgeführt:

Wenn der Parteivorstand in seiner Besprechung mit der Generalkommission erklärte, daß er nicht die Absicht habe, gegenwärtig, d. h. im Augenblick der Wahlrechtsagitation, den politischen Massenstreik zu propagieren, so vertritt er damit nicht gegen Sinn und Wortlaut der Resolution, sondern er hielt sich durchaus im Rahmen seiner Pflichten und Befugnisse. Ja noch mehr: hätte der Parteivorstand in diesem Augenblick, wo doch von einer Willensstimmung der Gesamtpartei die Rede war, die Proklamierung des Massenstreiks gar keine Rede war, ohne Befragung der Genossen eine Propaganda für den politischen Massenstreik entfalten wollen, so hätte er damit seine Befugnisse ohne Zweifel überschritten.

Somit über den ersten Punkt des Protokolls der Generalkommission. Die andern fünf Punkte bezogen sich auf den Satz, daß gleichwohl, aus der spontanen Empörung der Massen heraus, ein Massenstreik ausgebrochen wäre. Für diesen Fall suchte der Parteivorstand durch die Erzielung eines Einverständnisses mit den Leitern der Gewerkschaften sich dahin zu versichern, daß nicht von gewerkschaftlicher Seite eine Gegenaktion unternommen würde. Auch hiergegen lassen sich Einwendungen nicht erheben.

Bedenken könnten diese Abmachungen erst dann erregen, wenn sie für alle Zukunft Geltung beanspruchen sollten. Dann freilich müßte die Frage aufgeworfen werden, ob es taktisch richtig wäre, die Gewerkschaften von jeder Mitverantwortung für den politischen Massenstreik zu befreien, so daß ein — immerhin möglicher — Mißerfolg einseitig auf das Konto der Partei gesetzt und von gewissen Gewerkschaftsführern gegen die Taktik der Partei überhaupt stultifiziert werden könnte. Daß eine solche Befreiung nicht völlig gegenstandslos wäre, beweist ja der von einem Berliner Gewerkschaftsführer erhobene Vorwurf, die Partei habe die Arbeiter in die Masse der „Hineingeht“.

Aber nicht nur die Sorge um das gute Einverständnis zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern auch die wichtige und wirksame Durchführung eines Massenstreiks erfordert es, daß, sofern, wie wir immer wieder betonen, die Bedingungen für den politischen Massenstreik als gegeben anerkannt werden, die Gewerkschaften einem solchen Streik gegenüber nicht Neutralität üben, sondern bewußt und freudig die moralische Verantwortung für denselben mit übernehmen!

Ein solches Einverständnis über die von dem gesamten auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Proletariate zu unternehmenden Aktionen muß und kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Frage des politischen Massenstreiks auch in Zukunft mit aller Ruhe, Sachlichkeit und Gründlichkeit weiter erörtert wird. Geschieht das, so wird der in der Frage des Massenstreiks anscheinend bestehende und durch die Resolutionen von Köln und Jena zum Ausdruck kommende Gegensatz ebenso ausgeglichen werden, wie das bisher noch immer bei zeitweiligen Meinungsdivergenzen zwischen diesen beiden Bruderorganisationen der Fall war!

Unser Zentralorgan meint also, es solle noch über die Anwendbarkeit des Massenstreiks diskutiert werden. Nach Jena ging aber doch die Meinung dahin, das Diskutieren habe aufzuhören und das Propagieren an seine Stelle zu treten. Selbstverständlich haben wir durchaus nichts dagegen, wenn die Frage des Massenstreiks, die uns durchaus noch nicht genügend geklärt erscheint, weiter besprochen und eine Einigung zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeführt wird. —

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorki. Uebersetzt von R. Adler.

(15. Fortsetzung.)

Regentropfen fielen vereinzelt aufs Fenster und aus der Ferne kamen dumpfe Laute. Das Licht der Lampe flackerte hin und her und schweigend lächelten die Decken und Flaschen. Nja zog den Schafspelz des Dufels über den Kopf und lag mit angehaltenem Atem.

Plötzlich regte sich etwas neben ihm. Es überließ ihn kalt, schnell streckte er den Kopf hervor und sah den Dufel auf den Knien liegen, das Haupt gesenkt, so daß das Kinn die Brust berührte. Und er hörte ihn murmeln:

„O Gott, — Väterchen, — o Gott! —“

„Ach, gerade so hatte das Klüßchen des Großvaters geklungen! Das Dunkel im Zimmer wogte auf und nieder, sich schaukelnd folgte der Boden nach und in den Rauchfängen stöhnte der Wind:

„Uh — uh — uh — uh!“

„Nicht beten!“ schrie Nja auf.

„D, — was hast Du?“ fragte halbblau der Dufel.

„Schlaf doch, in Christi Namen!“

„Nicht beten!“ wiederholte hartnäckig der Junge.

„Nu — u, — so werd ich halt nicht —“
Zimmer drückender lagerte sich das Dunkel und der feuchte Moder auf Nja. Er konnte kaum atmen, und in seinem Innern pochte die Furcht, das Mitleid mit dem Alten und seine Erbitterung gegen den Dufel. Er warf sich am Boden hin und her, setzte sich dann auf und begann zu stöhnen.

„Was hast Du? Was denn?“ flüsterte erschrocken der Dufel und griff mit den Händen nach ihm. Doch Nja stieß ihn zurück und begann mit tränenerstickter Stimme, wehmütig und ängstlich zugleich:

„O Gott! Wenn ich mich nur wo verstecken könnte, — vor all dem — o Gott!“

Die Stimme versagte ihm. Mühevoll zog er die faulige Luft ein und schluchzte, indem er die Stirn an den Boden preßte.

Nach diesen Ereignissen zeigte Nja Charakter eine starke Veränderung. Früher schon hatte er sich abseits von seinen Mitspielern gehalten. Mit ihrem Verhalten ihm gegenüber konnte er sich nie versöhnen, und er hatte auch nicht den Wunsch, ihnen nachzulaufen oder sich ihnen zu nähern. Aber zu Hause war er stets gesellig gewesen und zutraulich, und die Aufmerksamkeit der erwachsenen Leute hatte ihm Freude gemacht. Jetzt dagegen zog er sich einsam zurück und wurde über seine Jahre ernst. Der Ausdruck seines Gesichtes wurde trocken, die Rippen hielt er fest aneinander gepreßt, aufmerksam beobachtete er die Erwachsenen und lauschte mit herausfordernden Blicken ihren Reden. Es quälte ihn die Erinnerung an die Ereignisse, die er am Todestage des alten Creme mitangesehen hatte, und er fühlte sich dem Greise gegenüber schuldig und im Bunde mit Petruscha und dem Dufel. Vielleicht hatte der Alte gar, als er im Sterben lag und die Diebe an der Arbeit sah, gedacht, daß er, Nja, dem Petruscha vom Gelde gesagt habe! Möglich war dieser Gedanke bei Nja aufgetaucht und erfüllte die Seele des Knaben mit Verzweiflung und schwer lastender Trauer. Er verbarg diese Gefühle sorgfältig, doch sie erregten noch mehr in ihm Mißtrauen zu allen Menschen. Und so oft er bei jemand Schlechtes merkte, kam ihm Erleichterung, als verminderte sich seine Schuld vor dem Alten. Schlechtes sah er genug! Alle im Hofe nannten den Betrüger Petruscha einen Dieb und Ganer, aber ins Gesicht taten sie alle ihm freundlich, grüßten ihn ehrerbietig und nannten ihn Piotr Jakimowitsch. Jene Matiza wurde von allen mit einem abjehulichen Schwörmwort bedacht. Wenn sie betrunken war, stieß und schlug man sie. Einst sah sie volltrunken unter dem Fenster der Küche, und der Koch goß ihr einen Eimer Spüllicht über den Kopf. Aber alle ließen sich von ihr bedienen, ohne sie anders als mit Schimpf und Schlägen zu belohnen. Sie mußte Petruscha's kranke Frau waschen, Petruscha befehl ihr, vor den Feiertagen in der Schenke aufzuräumen, Terentii ließ sie seine Gemden nähen. Und sie ging zu allen und führte alles ohne Klage aus. Wenn sie liebte es, die Kranken zu pflegen und mit den Kindern zu spielen. — — —

Nja sah, wie man sich über den tätigen Arbeiter im Hofe, den Schuster Perischka, lustig machte, wie man von

ihm überhaupt nur Notiz nahm, wenn er mit seiner Sarrnonita betrunken in der Schenke saß oder im Hofe herumstolperte und dabei lustige, scherzhafte Nieder spielte und sang. Aber keiner wollte es sehen, wie behutjam dieser Perischka seine gelähmte Frau auf den Hof hinaustrug, ob er wie er seine Tochter ins Bett brachte, sie mit Küßchen bedeckte und zu ihrer Erheiterung dumme Gesichter schnitt. Niemand achtete auf den Schuster, wenn er lachend und scherzend Matiza beehrte, wie man das Mittagessen kochte und das Zimmer aufräumte, und wie er sich euer Zeit zur Arbeit setzte, um bis in die Nacht hinein zu hängen, tief gebeugt über einen zerrissenen schmutzigen Stuhl.

Als der Schmie ins Gefängnis gebracht worden war, trug kein anderer Sorge um seinen Sohn als der Schuster. Er nahm ihn zu sich, und Matiza besuchte schon längst Petruscha, setzte die Stube, holte Wasser oder brachte Brot, Knoblauch und Zwiebel aus dem Kaufmannshaus. Alle saßen den Schuster an Feiertagen betrunken, aber niemand hörte ihn, wie er tags darauf nüchtern zu seiner Frau sprach:

„Du, — verzeih mir, Dumme! Schau, ich trinke ja nicht wie ein verkommenes Sauvild, — sondern nur aus Müdigkeit. Die ganze Woche arbeiten, — ist das öde! Da greift man denn zu!“

„Wach ich Dir denn Vermurde? O Gott! Du tust mir ja so leid! —“ jagte drauf die Frau mit ihrer heiseren Stimme, und in ihrer Seele röchelte etwas auf und nieder. „Glaubst Du denn, ich sehe nicht, wie Du Dich plagst? Gott hat mich als einen Stein an Meinen Hals gehängt. Sterben möchte ich! — Dich von mir befreien! —“

„Sprich nicht so! Ich hab's nicht gern, wenn Du so sprichst. Ich bin schlecht zu Dir, nicht Du zu mir! Aber nicht, weil ich vielleicht ein böser Mensch bin! Schmach bin ich! Aber laß nur! Wir übersiedeln einmal in eine andre Straße, und dann wird das andre schon auch kommen. Fenster, — Türen, — und alles! Die Fenster werden auf die Straße schauen, und wir werden aus Papier einen Stiefel ausschneiden und ihn ans Fenster kleben. Dann ein Säbel, — und die Leute werden uns überlaufen! Es wird nur so wimmeln von Menschen! — o Du!“

(Fortsetzung folgt.)

In die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Seit dem 1. Mai d. J. befinden sich die organisierten Buchbinder in einem hartnäckigen Kampfe. Die Tatsache, daß die Berliner Arbeiterschaft dieses Berufs den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hat, das organisierte Unternehmertum bemüht, um erstens die Arbeiter auszusperrn und zu erklären, daß dieselben Tarifbruch begangen hätten, und zum andern zum Vorwand genommen, um die vom Verband der Buchbinder eingeleiteten Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifs geradezu illusorisch zu machen, den Versuch zu machen, der Arbeiterschaft des Buchbindergewerbes einen Tarif aufzubringen, den diese absolut nicht annehmen kann. Die organisierten Unternehmer verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeiterschaft des Buchbindergewerbes den bisherigen Tarif auf weitere fünf Jahre — ohne die geringfügigste Verbesserung anerkennen soll!

Der Kampf hat dann weitere Dimensionen angenommen, indem auch in Leipzig und Stuttgart die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt wurden, zum Teil, weil dieselben sich streikartigen Arbeiten zu verriichten. Die Zahl der Aussperrten beläuft sich auf circa 3600.

Der Kampf hat aber inzwischen noch eine weitere Verschärfung erfahren, indem die Schatzmacher in der Unternehmerorganisation eine Parole ausgegeben haben, die auf nichts Geringeres, als die vollständige Vernichtung des Buchbinderverbandes hinauskommt. Der Vorstand des Buchbindervereinsverbandes hat rund heraus erklärt:

„Wir erkennen den Buchbinderverband nicht mehr an. — Unsere Mitglieder geben Mitgliedern Ihres (des Buchbinder-) Verbandes keine Stellung in ihren Betrieben.“

Damit hat nun die Unternehmerorganisation ihren höchsten, zugleich aber auch letzten Trumpf ausgespielt. Denn nur eckige Wochen noch — und die Saison im Buchbindergewerbe beginnt wieder, und damit tritt dann auch die Zeit ein, wo die organisierten Arbeiter ihren Forderungen und vor allem ihrem Widerstand entgegenzutreten zu geber vermögen. Bis dahin muß über der Verband der Buchbinder den Kampf führen können, wenn nicht die Wünsche der Schatzmacher, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete, sich verwirklichen sollen. Daß es denselben gelingt, die Buchbinderorganisation selbst im Falle einer wirtschaftlichen Niederlage niederzurufen, ist ja selbstverständlich ausgeschlossen.

Und den Kampf nun aber zu Ende führen zu können, bedürfen die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchbindergewerbes — und die Letzteren kommen ja in ganz beträchtlicher Anzahl in Frage — der Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft. Bis jetzt hat der Verband die für den Kampf erforderlichen namhaften Mittel aus eigener Kraft aufgebracht — da aber, wie schon gesagt, der Kampf noch mehrere Wochen, eventuell bis in den August hinein, durchgeführt werden muß, so appelliert die organisierte Arbeiterschaft des Buchbindergewerbes an das allgemeine Solidaritätsgesühl, wie diese auch ihrerseits stets die Pflichten der Solidarität erfüllt hat, wenn es galt, andern im Kampfe stehenden Arbeitern zu helfen.

Aus diesen Gründen sieht sich die Generalkommission veranlaßt, gemäß den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftslongresses eine allgemeine Sammlung zugunsten der im Kampfe stehenden Arbeiterschaft des Buchbindergewerbes auszusprechen.

An die Gewerkschaftsvorstände und Gewerkschaftskartelle richten wir das Ersuchen, auch für diese Sammlung sofort die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Und von der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands erwarten wir, daß sie die hat um ihre vitalsten Rechte und Interessen ringenden Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchbindergewerbes in der genügenden Weise unterstützt.

Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden, und bitten wir für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

S. Kube, Engel-Ufer 15, Berlin SO. 16.

Über die eingehenden Beiträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht ausgehändigt.

Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Berlin, 2. Juli 1906.

Alle Sammellisten werden von der Generalkommission nicht ausgegeben, sondern müssen von den Gewerkschaften und Kartellen selber beschafft und herausgegeben werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Aussperrung im Lithographie- und Steinendgewerbe ist mitzuteilen, daß die Firma Seitz in Hamburg-Wandsbek die Aussperrung unter beachtenswerter Erhöhung der Löhne und gleichzeitiger sofortiger Entlassung eines mißliebigen „Oberzursichters“ haben in Mainz zwei angesehenere Firmen, Theyer und Schott, unter Erhöhung der Löhne und in einer Firma Verfüzung der Arbeitstätigkeit die Aussperrungen zurückgezogen.

Die Zahl der ausständigen und ausgesperrten Textilarbeiter in Forst in der Lausitz beläuft sich gegenwärtig auf etwa 6500. Am Dienstag haben zwei Textilarbeitervereinigungen stattgefunden, in denen je eine neungliedrige Kommission gewählt wurde, die mit den Unternehmern in Unterhandlungen treten soll. Die Fabrikanten ihrerseits haben beschlossen, die Betriebe offen zu halten, sie wollen am Mittwoch nachmittag mit der Kommission der Arbeiter in Unterhandlung treten.

Lohnbewegungen und Streiks im In- und Auslande. Zu einer am Dienstag abend in Nürnberg abgehaltenen Vollversammlung des Arbeitgeberverbandes im Augenblicke für Mittel- und Ostdeutschland, weil die Arbeiter angefangen haben, über eine Anzahl von Betrieben die Bauwerke zu verhängen, am Mittwoch abend sämtliche organisierten Maurer und Steinhauer, Bau- und Hilfsarbeiter in Nürnberg und Nürnberg auszusperren. Von der Sperrung werden ungefähr 4000 Arbeiter betroffen. — Im Düsseldorf-Bezirk sind wegen Höhe der Stundenlöhne Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen. Am Neubau des Stahlwerksgebäudes treten alle in den freien Gewerkschaften organisierten Maurer, Zementarbeiter und Bauhilfsarbeiter in den Aufstand. — Die Direktion des Reichs Eisenbahnenwerks in Firminy in Frankreich, in dem sich 3000 Arbeiter im Aufstand befinden, hat die Vermittlung des Friedensrichters abgelehnt und erklärt, nur solche Arbeiter wieder einzustellen, die nicht Kontraktbruch begangen haben. Die Ausständigen sind entschlossen, bei ihren Forderungen zu beharren. — Der Gasarbeiterausstand in Budapest ist zugunsten der Arbeiter beigelegt. — Auf den Streikbewerben vormals Rudolf Otto Meyer in Mainz sind 600 Schlosser wegen Lohnunterschieden in den Aufstand getreten.

Soldaten als Streikbrecher. Folgende Mitteilung erhält der „Vorwärts“ aus Duisburg: Seit mehreren Wochen befinden sich in Duisburg die Holzträger in dem großen Hafengebiet im Aufstand. Die Situation für die Streikenden ist sehr günstig. Mehrere namhafte Firmen haben bewilligt. Je länger der Aufstand anhält, desto nervöser wird das Unternehmertum, da von den Ausständigen nicht ein einziger wankelmütig wird. Nun ist es zwar den Streikbrecheragenten schon einige Male gelungen, einen größeren Trupp Soldaten in das Hafengebiet zu bugstieren, aber wenn nicht sofort, dann regelmäßig nach wenigen Tagen gehen die Soldaten zu den Streikenden über. So auch am Montag wieder ein Trupp von 20 Mann. Die Verbrüderung der Streikenden mit den beschimpften Soldaten geschah in einer so offensiv herzlichen Weise, daß das Publikum in lauten Beifall ausbrach. Die Wut der Unternehmern ist daher bis zur Stille angebracht. Die Wut der Unternehmern nun den letzten Trupp auszuspielen zu wollen. Am Dienstag kam nämlich ein Trupp Soldaten (!) von dem in Wesel garnisonierenden Infanterie-Regiment Nr. 56 dem Unternehmern zu Hilfe. Die Firma Hoyer u. Co. war die glückliche, die es fertig gebracht hatte, unter polizeilicher Begleitung (!) Soldaten heranzuziehen!

Sollten die Soldaten wirklich als Lohnbrüder Verwendung finden? Ganz gleich, welcher Grund für die Heranziehung der Soldaten maßgebend gewesen ist — wir protestieren energisch gegen diese „militärische“ Tätigkeit. Gerade man doch die jungen Leute ganz heim, wenn die Dienstzeit eine so lange ist: aber treibe man keinen Mißbrauch mit der militärischen Dienstpflicht. Daß den maßgebenden Stellen Gelegenheit gegeben wird, über die Verwendung der Soldaten im Kampfe der Unternehmer gegen die Arbeiter Rede und Antwort zu geben, dafür wird gekämpft werden.

So kündigt der „Vorwärts“ an. Hoffentlich geschieht das etwas nachdrücklicher wie im April, als in Magdeburg Soldaten als Streikbrecher tätig waren.

Die machtlose Polizei. Die Breslauer Polizei kann den Beamten nicht finden, der Biemald die Hand abgehauen hat, so hat sie jetzt dem Vertreter Biemalds, Justizrat Kamroth, mitgeteilt. Hoffentlich hat die Breslauer Polizei bei der Suche nach Verbrechern andrer Art mehr Glück.

Gewerkschaftliche Kämpfe in Skandinavien. Ein Streik der Bäcker Norwegens gegen die vom Storting beschlossene teilweise Wiedereinführung der Nachtarbeit nimmt einen günstigen Verlauf. Der größte Teil der Bäckermeister hat sich schon verpflichtet, von der Verhinderung des Bäckergesetzes keinen Gebrauch zu machen.

Die Zahl der streikenden Mitglieder des norwegischen Bäckerverbandes beträgt jetzt nur noch 117. In Christiania, Trondhjem, Bergen und andern Städten hat die Bäckerorganisation eigene Bäckereien errichtet oder andere Bäckereien übernommen, um streikenden Beschäftigung zu geben und der Arbeiterschaft boykottfreies Brot zu liefern. — Eine Aussperrung von 1200 Arbeitern hat die dänische Arbeiter- und Meistervereinigung in Aussicht gestellt, falls einige hundert Holzarbeiter auf den größten Schiffswerften Kopenhagen die Arbeit niederlegen. Ueber den Streik soll am 6. Juli beschlossen werden. Kommt es dazu, dann wollen die Unternehmer nach Verlauf einer Woche ihre angebrochene Aussperrung teilweise und, wenn das nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden führt, nach weiteren acht Tagen in vollem Umfang durchführen. — Die Angehörigen der schwedischen Staatsbahnen sind seit fest entschlossen, ihre Forderungen zur Lohnregulierung für das Extraperjonal, wenn es sein muß, durch eine Arbeitsniederlegung über das ganze Land zur Geltung zu bringen. Kürzlich fand in Stockholm eine von 800 Eisenbahnern besuchte Versammlung statt, die den vor einiger Zeit in der Ortsabteilung des Eisenbahnerverbandes gefassten Beschluß über die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen betrafte. Die fest angestellten Eisenbahner erklärten sich mit ihren als „Extraperjonal“ tätigen Kollegen solidarisch.

Soziales.

Eine Schwindelkrankenkasse, die Kasse „Egalia“ in Hannover, hat den Konkurs angemeldet. Die Kasse hat vor einiger Zeit schon ihre Zahlungen eingestellt und die Liquidation beschlossen. Da zahlreiche Mitglieder der Kasse über ganz Deutschland zerstreut vorhanden sind, ist die Zahl der Geschädigten sehr groß.

Aus der Parteibewegung.

In Sachen der Forster Zwistigkeiten hat am vergangenen Sonntag eine Sitzung der Kommission der „Märk. Volkswacht“ stattgefunden, an der auch ein Mitglied des Parteivorstandes teilnahm. Unter Zustimmung der Beteiligten wurde beschlossen, den Streit so lange ruhen zu lassen, bis das von den Forster Genossen eingeleitete Schiedsgericht seinen Entscheid gefällt habe.

Genosse Albert ist jetzt seit 1 1/2 Jahren in Breslau als Redakteur tätig. Es wird unsere Leser interessieren, zu erfahren, wie er sich dort eingelebt hat, weshalb wir folgenden Teil eines Versammlungsberichts, aus der Breslauer „Volkswacht“ wiedergeben: „Darauf kam die in der Volkswachtredaktion ausgebrochene Differenz zwischen Klüss und Albert zur Sprache. Da im Laufe der letzten Monate das Verhältnis zwischen den beiden Genossen immer unerbätlicher geworden war, hatte Klüss der Kommission sein Amt zur Verfügung gestellt und mitgeteilt, daß er sich um eine neue Stellung bewerben werde. Die Kommission hat aber die angebotene Kündigung nicht angenommen, sondern vielmehr ihrerseits dem Gen. Albert getündigt. Als in der letzten Vereinsversammlung einige Genossen Aufklärung über den Fall forderten, hatte die Versammlung beschlossen, eine aus dem erweiterten Vorstand sowie drei gewählten Genossen und aus dem Kartellvorstande bestehende Kommission mit der Untersuchung der Angelegenheit zu beauftragen. Diese Kommission hat am vorigen Dienstag getagt. Genosse Wiener, der die Verhandlungen geleitet hatte, erstattete gestern den Bericht, monach die Kommission mit 24 gegen 12 Stimmen ihrer Meinung nach Ausdruck gegeben habe, daß die Kündigung Alberts nicht die Zustimmung der erweiterten Kommission finde. Nach einer überaus erregten Debatte hatte gestern die Versammlung beschlossen, die Angelegenheit in einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung zur Entscheidung zu bringen.“

Breslau ist ein Parteiloch, an dem es seit Menschengedenken keine Zwistigkeiten zwischen den Redakteuren untereinander und zwischen Redaktion und Parteigenossen gegeben hat. Genosse Klüss, der jetzt nach Forst an Markwalds Stelle geht, hat eine stattliche Reihe von Jahren in Frieden und Eintracht mit den Genossen in Breslau gewirkt, jetzt aber ist die Ruhe vorbei. Ein Aufenthalt Alberts von einem Jahre in Breslau hat den Breslauer Genossen die Unnehmlichkeiten verschafft, die wir auch in Magdeburg kennen gelernt haben: Außerordentliche Generalversammlungen zur Erörterung des Falles Albert. Ueberall, wo dieser Genosse wirkt: in Juidau, Magdeburg, Breslau, daselbe Bild. Und nach Breslau, welche Stadt kommt dann an die Reihe? —

Provinz und Umgegend.

Halberstadt.

Von der großen Schar der Touristen, die alljährlich den Harz besucht und dabei mit der Bahn Halberstadt passiert, flüchtet nur ein

Im Berggras...

(Nachdruck verboten.)

Ich liege im feinen jungen Berggras; über mir schmettern und jauchzen die Vögel in der reinen Morgenluft, unter mir liegt die Welt der Erde, des Lärms und des Rauchs. Im blauen Himmelsgewölbe ziehen wie wunderbare Symbole weiße Wolken. In der Ferne läuten Herdenglocken. Ich denke nichts und schaue nur. Da tritt, ich weiß nicht weshalb, wie eine dunkle Gestalt die Frage vor mich hin: „Was ist Glaube?“

Eine richtige Höhenfrage! Und ich muß zuerst an den alten Liebesdienst denken, der einmal in einer Reichstagsrede über die Religionslosigkeit der Sozialdemokratie die höchsten Augenblicke, auf die alle christlichen Klingen das Reich verlangen, für die Kämpfer des Proletariats reklamierter Nachkommen, Selbstlosigkeit und Ehrenmut! — Und als er seine feierliche Rede beendet hatte, da sagte Bamberger, der damalige Führer des Reichstags, zu einem Bekannten: „Sehen Sie, die haben noch den Glauben!“

Auf dem Parteitag von Hannover war Liebesdienst mit einer wahren Begeisterung für den Glauben ein und bezeichnete es als die Ursache des Zusammenbruchs des Islams, daß der Glaube und dessen Macht bei den Nachfolgern Mohammeds erschwächt worden sei. Daß der Glaube eine Kraft ist, die Berge versetzen kann, lehrt der Rabbi Josue in seinen Gleichnissen.

Und nun habe ich doch erst dieser Tage gelesen, wie der gleiche Glaube, der dem Reichentum Flügel gibt, um sich reichlich zu erheben über alle Hindernisse des Alltags, auch den Menschen hinabzudenken kann in Fleck und Erdnähe, hierigen Kampf und geistige Verblüdung.

In Tibet, das durch die Waffen der Engländer nun seiner letzten Geheimnisse beraubt ist, hat sich die pessimistische Religion des Buddhismus zu einer einfachsten aber formvollständigen Lehre geformt, die das Nichtsein besser sei, als das Sein, und daß die Menschen nur die glückliche Lustigung in Nirwana zu suchen hätten. Unter den tibetischen Priestern, im Vergleich zu denen die europäischen Gelehrten die reinsten Sinnenmenschen in der Volkstümlichkeit sind, befinden sich aber auch noch wirkliche „Heilige“, die den tibetischen Glauben noch nicht verloren, sondern bis zu seiner konsequenten Konsequenz entwickelt haben. Inzwischen den tibetischen Tübten Giangje und Schigangje befindet sich das Tal der Lebensbegierden. Richter, welche den höchsten Grad

der Seligkeit und Heiligkeit erreichen wollen, lassen sich in den Felskängen jenes Tales Höhlen ausmeißeln, aus denen es, wenn sie einmal hinabgelassen sind, kein Entkommen mehr gibt. Dort vegetieren sie in ihrem eignen Schweiß jahres- oder jahrzehntelang, ohne daß sie ein Strahl der Sonne berühren. Wenn die Wärrer, welche diese Höhlen täglich einmal mit Nahrung zu versorgen haben, die stierende Hand nicht mehr aus dem kleinen Loch kommen lassen, das man offen gelassen hat, dann schließt man daraus, daß der Heilige nun Nirwana erreicht hat. Solche Höhlen, in denen ein Mensch verbleiben und vertieren muß, heißen: „Die Stätte des glücklichen Nachdenkens über das Ewig.“

Das Menschen in diese Höhlen treibt, ist nichts andres als der unerschütterliche Glaube, auf dem richtigen Wege zu sein, wenn man das Dasein für ein Übel und dabei den Selbstmord nicht für erlaubt hält. Dieser düstere, schreckliche Glaube unterscheidet sich in nichts von den Schwärmen der Verzweiften, die ihnen wie festgefesselt im irren Gehirn sitzen. Es ist der Glaube an die Trostlosigkeit und Entwicklungsunfähigkeit der Welt. Es ist der in seinen letzten Konsequenzen kristallisierte Pessimismus, der düstere Feind aller Hoffnung und aller Zuversicht.

Und jetzt ein andres Bild des Glaubens. In Sindhuan, einer Stadt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, lebt ein 23jähriges Mädchen, eine Studentin, die im Alter von einundhalb Jahren des Gehör-, des Gesichtes- und des Sprachsinns durch eine schwere Krankheit beraubt wurde. Im siebenten Jahre bestand sie sich noch in einem ziemlich richtigen Zustande, und jetzt habe ich von ihr ein Buchlein in der Hand, das sie geschrieben und das den Titel „Optimismus“ führt. Auf der ersten Seite stehen in klarer lateinischer Schrift die Worte:

„In meine deutschen Fremdel Dies Buchlein macht keinen Anspruch auf philosophische Darstellang. Die sollte ich mich erlauben, im Heimatlande der Philosophie als Philosophin aufzutreten. Mein Schriftchen ist nur ein Ausdruck des innigen Glaubens, daraus ich Trost schöpfe. 16. Januar 1906. Helen Keller.“

Das ist nun gezeichnet mit diesem Mädchen, um es aus einer dunkeln Blindheit, Taubheit und Stummheit von der Welt abgegrenzten Geheißnis zu einer Personlichkeit zu machen, die drei Sprachen beherrscht, über Armut nicht verzagt, wie sie nur die Geheißnisse ihres Landes aufweisen können, und durch ihre Bücher Heilung und verzagte Menschen in ideale Menschheitshöhen

Ein Frau, Anne Mansfield Sullivans, hat das blind-taubstumme Kind entdeckt und ihm durch ein besonderes System der Verständigung in langsame, mühevoller, aber von einer unerwartetlichen Ueberzeugung getragener Arbeit die Außenwelt erschlossen. Obwohl Helen Keller heute noch blind und taub ist, kann sie sich durch Schrift und sprachähnliche Laute verständlich machen und führt ein geistreiches, wie nur wenige ihrer Nation. Die Liebe und die Glaubenskraft ihrer Lehrerin ist auf sie übergeströmt und sie, die den Abgrund kannte, in dem es keine Hoffnung gab, und die gegen die Mauern tobte, die sie umschlossen, bekennt jetzt, daß das Wohngesühl der Freiheit sie durchgehauert, daß sie glücklich ist, mit den Tüchtigen der Welt Hand in Hand zu arbeiten, um alles Große und Gute in der Welt zu vermehren und alles Niedere zu zerstören. Aber diese Arbeit soll nach ihren eignen Worten nicht durch Feuer und Schwert, nicht durch Geschwader und Armeen, sondern durch ernste Kulturarbeit geschehen. Durch soziale und geistige Hebung der Menschheit nähern wir uns diesem idealen Zustand, wo die Kornfelder nicht mehr als Schlachtfelder benutzt werden, wo es kein England, kein Frankreich, kein Deutschland, kein Amerika, nicht dieses oder jenes Volk mehr gibt, sondern nur eine Nation, das Menschengeflecht; nur ein Gesetz, den Frieden, nur ein Bedürfnis, die Harmonie, nur ein Mittel, die Arbeit, nur einen Buchstaben, Gott; wo kein Mensch mehr in Wohlbehagen und Ueberfluß leben soll, während ein anderer leidet und darbt.“

Das Helen Keller hier bekennt, das ist das Ziel des Sozialismus. Ihr reiner Gottesglaube, der mit dem Gottesglauben der Kirche nichts gemein hat, durchleuchtet ihre Ideen wie Sonnenlicht. Sie ist die größte lebende Bekennerin des Glaubens an den Fortschritt und das Gute. Sie hat den umgekehrten Entwicklungsengang durchgemacht, wie die tibetischen Höhlenheiligen und ihre Philosophie des Optimismus durch ein Leben voll leuchtender Glaubensfreudigkeit und stählerner Energie zu einem Vorbild für alle Menschen gemacht.

Unser noch liegt ich im feinen Berggras und über mir wölbt sich der runde blaue Himmel. Und — warum soll ich's verweigern — ein Gefühl der Weichmütigkeit beschleicht mich vor dieser von der Flügelkraft des Glaubens an alles Hohe durchgehauerten Idealität, und mit dem jungen Gager Dichter Wilhelm Fißcher sage ich: Reigen wir uns vor ihr, denn sie ist eine Siegerin.

Keiner Teil dieser alten Stadt einen Besuch ab, obgleich ein Streifzug durch den Ort und seine nähere Umgebung durchaus lohnend ist.

Halberstadt gehört zu den ältesten Städten in Deutschland — schon unter Karl dem Großen soll es ein Bistum gewesen sein — und hat in seinen Hauptteilen ein altertümliches Gepräge. Das älteste Haus stammt aus dem 15. Jahrhundert. Die Häuser sind reich mit Schnitzwerk verziert, und es wird alles getan, um der Stadt das altertümliche Gepräge zu erhalten.

Zu den ehrwürdigsten und schönsten Gebäuden gehört der alte Dom. Dicht am Dom liegt das Kleinhaus mit großer Bibliothek und einer Gemäldesammlung, „der Tempel der Freundschaft“ genannt. Klein war auch der einzige deutsche Dichter, der dem „Alten Fritz“ vorgesetzt wurde und einige Worte mit ihm wechselte. Diese Klubs hat Klein in einem Gedicht verehrt. Es soll hier einen Platz finden:

Der König und Klein
zu Potsdam, den 22. Dezember 1785.

Wie heißt der Domdechant? v. Hardeberg.
Macht der auch Verse? Mehr als ich!
Macht er sie auch so gut als er?
Ich glaube nein; man schmeichelt sich
Am Besten selbst. Da hat Er recht! Die Prädik-
tion heiligen Apoll, die harmonieren nicht.
Wir harmonieren sehr, denn er macht Kirchenlieder,
Ich nicht, und keiner spricht
Von seinen Versen. Das ist besser,
Als wenn ihr's thätet! Aber sagt:
Ist Wieland groß, ist Klopstock größer?
Der, Stre! wäre stolz, der's zu entscheiden wagt.
Er ist nicht stolz? Ich bin's in diesem Augenblick,
Sonn' oben nicht. Er geht nach Halberstadt zurüd;
Ist hochgelobte Mutterland?
Ja, Ihr Majestät! Grüß Er den Domdechant!

Das war alles, was Friedrich 2. dem Halberstädter Poeten, der ihn ein halbes Jahrhundert lang angeheult hatte, zu sagen mußte.

Einen schönen Eindruck macht auch der Domplatz mit dem Postgebäude und der umgebauten ehemaligen Propstei. Von den neuen Gebäuden ist das Stadttheater das hervorragendste. Im Stille einer Burg gebaut, steht es zierlich und wichtig zugleich an seinem Orte. Prachtig und lochend ist aber die Umgebung von Halberstadt. Die Klus- und Thelenberg, sowie die Spiegelberge mit Schloß- und Tempelruinen sind beliebte Ausflugsorte, und vom gläsernen Mönch, einem gewaltigen Felsgebilde, genießt man eine herrliche Aussicht. Etwas weiter entfernt ist der Huhwald mit seinem mächtigen, gut erhaltenen Kloster auf hohem Berge, das für die gläubigen Katholiken noch heute ein Wallfahrtsort ist.

Die sozialdemokratische Partei hat in Halberstadt, trotzdem es ein ausgeprägter Industrieort nicht ist, stets eine Stätte gehabt; auch der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands hat dort stattgefunden.

Cracau, 5. Juli. (Eine Versammlung der Reichstreuern) fand am 4. d. M. bei Diekmann statt. Erschienen waren 27 deutsche Männer, von denen die meisten — Arbeiter der hiesigen Brauerei waren. Es bleibt eine besänftigende Erscheinung, daß sich solche Gewächse nur in unserm Ort bilden können; in Österreich oder Bismarck's B. wäre dies nicht möglich. Woran liegt denn das? Da am nächsten Sonntag die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins stattfindet, wird auch diese Frage zur Erörterung kommen. Werden nach solchen Erscheinungen die Mitglieder ihre Versammlungen besser besuchen? Hoffentlich!

Gr.-Osterleben, 5. Juli. (Fabrik- und Landarbeiter.) Am 1. Juli tagte in Stumpff's Lokal die ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik- und Landarbeiter. Genosse Möllinger sollte einen Vortrag über „Das Krankenversicherungsgesetz“ halten, er war aber aus unbekanntem Grunde nicht erschienen. Die Versammlung sprach ihre Mißbilligung hierüber aus. (Wie uns Genosse Möllinger mitteilt, war er durch eine plötzliche Erkrankung in seiner Familie verhindert worden. Neb.) Dann erkrankte der Vorsitzende den Bericht von der Gaukonferenz. Auch wurde nochmals darauf hingewiesen, daß vom 1. Juli an die 35-Pfg.-Marken gestrichelt werden. Die vom Vorstand ausgeschriebenen fünf Erntearbeitstage sind so schnell wie möglich zu flehen. Nach Erledigung weiterer Verhandlungsangelegenheiten wurde das Nähere über die am 15. Juli stattfindende Dombusfahrt bekannt gegeben, an der die Beteiligung sehr groß sein wird.

Osternstedt, 5. Juli. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Freitag den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schwarzen Adler“ eine Sitzung der Gemeindevertreter statt. Abnahme der Gemeindefassenrechnung für 1905, Antrag des Nachwüchters Hoppe auf Gehaltserhöhung sowie Anstellung von Schulärzten bilden die Tagesordnung.

Burg, 5. Juli. (Achtung!) Am Freitag den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Hohensollernpark“ eine Versammlung der Vorstandsmitglieder sämtlicher Gewerkschaften, der Gewerkschaftskartelldelegierten sowie auch des Vorstandes des Wahlvereins statt. Wir richten an die Genannten das dringende Ersuchen, diese Versammlung zu besuchen, da eine sehr wichtige Sache zu erledigen ist.

Halberstadt, 5. Juli. (Das Gewerkschaftskartell) hält heute abend im Gewerkschaftshaus, großer Saal, eine wichtige Sitzung ab, zu der sämtliche Vorstände der Gewerkschaften eingeladen sind. Auch können die übrigen Genossen an der Sitzung teilnehmen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Schwanebeck, 5. Juli. (Pflichtgetreue Stadtverordnete) hat unser Ort. In der für Montag angelegten Sitzung der Stadtverordneten waren vier Magistratsmitglieder und vier Stadtverordnete zur Stelle. Der Vorsitzende hob resigniert die Sitzung auf, weil wegen des Schützenfestes auf härteren Besuch nicht mehr zu rechnen war. Gemüthlich.

Stahlfurt, 5. Juli. (Töblicher Unglücksfall.) In der Tabakgrube bei Br.-Börmede wurde der Bergmann Michaelis durch einen fahrerlosen Wagen, der den Berg herabkam, so schwer verletzt, daß er einige Stunden nach dem Unfall starb.

Thale, 5. Juli. (Volksvereins-Versammlung.) Die Parteigenossen werden dringend ersucht, in der Sonnabend abend stattfindenden Versammlung vollzählig zu erscheinen. Genosse Woznowski hält in derselben einen Vortrag (siehe Feuilleton), außerdem sollen die örtlichen Parteiverhältnisse und die Vorgänge der letzten Zeit geregelt werden.

Thale, 5. Juli. (Zurückgewiesener Wahlprotest.) In der Sitzung der Gemeindevertreter vom 30. Juni stand der Protest des Genossen Schinkel gegen die Wahl des „Arbeiter's“ Velten zum Gemeindevertreter auf der Tagesordnung. Ein hiesiges Blatt berichtet darüber: „In der Protestliste werden in der Hauptsache fünf Punkte vorgeführt, und zwar soll 1. ein Druck auf die Wähler ausgeübt sein, 2. sollen angeblich Wählerbestechungen zu Unrecht als nicht in der Wählerliste stehend bezeichnet sein, 3. soll ohne genügende Vollmacht für Dritte das Wahlrecht ausgeübt, 4. jemand zur Wahl zugelassen sein, der hierorts nicht mehr seinen Wohnsitz hat, und 5. soll nach der Wahl jemand in unbefugter Weise Einschüchterung in die Wählerliste gestiftet worden sein. Von einem Druck, der auf die Arbeiterchaft ausgeübt sein soll, ist Faktisches nicht bekannt geworden. Von der Abgabe ihrer Stimmen mußten einige Personen zurückgewiesen werden, weil sie selbst zugaben, daß ihre Namen schon anfänglich der Hauptwahl nicht in der Wählerliste enthalten gewesen seien. Was den dritten Beschwerdepunkt anbelangt, so war von Herrn Schinkel die Echtheit einer zur Stimmabgabe

vorgelegten Vollmacht angezweifelt worden. Es hat sich dieser Zweifel jedoch nicht als begründet herausgestellt. Schließlich ist der in der Protestliste genannte namhafte gewerkschaftliche Wohnort hier nicht zur Wahl zugelassen, ein Mann gleichen Namens, der hierorts angelesen ist, hat aber Herrn Schinkel gewählt, es muß hier wohl eine Verwechslung vorliegen. Daß die Wählerlisten in unrichtiger Weise zur Einsicht vorgelegt sind, dafür fehlt jeder Nachweis. Wenn darauf hingewiesen wurde, die Wählerliste erhalte eine Wahlbeeinflussung darin, daß als Wahlvorsteher ein Beamter des Eisenhüttenwerks fungiere, so sei darauf zu erwidern, daß Herr Bräunlich als jüngster der Schöppen die geeignete Persönlichkeit zur Leitung der Wahlhandlung sei. Dem Herrn Ortsvorsteher könne nicht zugemutet werden, jeder Wahl selbst vorzustehen, zudem sei nach den Bestimmungen des § 60 der Landgemeindeordnung die Ernennung eines Schöppen zum Wahlvorstand seitens des Gemeindevorstandes vorgesehen. Somit sind alle Einwendungen gegen die Wahl gegenstandslos geworden, weil die Berechtigung zu den Beschwerden lediglich auf Vermutungen basiert, aber in dem Protest sich keine Begründung befand. Die Gemeindevertretung lasse daher den einstimmigen Beschluß, den erhobenen Protest zurückzuweisen und die Wahl des Herrn Velten als gültig zu erklären.“ Das Resultat der Verhandlung wundert uns gar nicht, die Mehrzahl der Herren will den Protest nicht anerkennen, weil ihnen die Wahl eines Sozialdemokraten unangenehm ist. Die Wahl selbst wird im Verwaltungsstreitverfahren weiter angefochten werden. Im übrigen erfolgt die Abrechnung bei den nächsten stattfindenden Wahlen, wir werden nicht nachlassen, bis dieser Art Wahlen Schranken gesetzt sind.

Bernigerode, 5. Juli. (Die gewerkschaftlichen Organisationen) zentraler Richtung, die überall in Fortschreiten begriffen sind, haben auch hier in letzter Zeit sehr schöne Resultate erzielt. Neben den bereits bestehenden Organisationen, die ganz bedeutend an Mitgliedern zugenommen haben, ist es gelungen, auch neue Zahlstellen ins Leben zu rufen. Unter andern wurde auch eine Organisation der Fabrikarbeiter gegründet, die sich bisher sehr gut entwickelt hat. Bei den hiesigen Verhältnissen ist es aber nötig, daß alle organisierten Arbeiter mit aus Wert gehen, diese junge Organisation zu unterstützen und alle Fabrik-, Erd-, Bau- und Hilfsarbeiter der Organisation zuzuführen. Die genannten Arbeiter selbst ersehen wir, Sonnabend den 7. Juli, abends 8 Uhr, zu der im „Volksgarten“ stattfindenden Versammlung, in welcher der Gauleiter Kollege Großmann-Magdeburg sprechen wird, zu erscheinen. Nur mit Hilfe einer guten Organisation können die schlechten Erwerbsverhältnisse gebessert werden.

Seid unermüdetlich tätig für die Verbreitung der „Volksstimme“!
Gelesene Nummern werfe man nicht weg, sondern verwende sie, um neue Abonnenten zu werben!
Wer für die „Volksstimme“ eintritt, fördert seine eigene Sache!

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 4. Juli 1906.

Seine eigne Frau verknuppelt. Der viermal vorbestrafte Arbeiter Edmund Jernau hier, geboren 1880, hat im Jahre 1905 seine eigne Frau verknuppelt und wurde daher wegen Zufälligkeit einschließlicher einer Vorstrafe von 6 Monaten Gefängnis zu 2 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt. Nach verbüßter Strafe soll er der Polizeibehörde zur Unterbringung in ein Arbeitshaus überwiesen werden.

Diebstahl. Die Arbeiter Gustav Schulze, geboren 1880, Karl Tangemann, geboren 1879, Franz Drossel, geboren 1883, und der Handlungsgehilfe Fritz Dörge, geboren 1886, zu Neustadt, sind wegen Diebstahls und Hehlerei angeklagt. Schulze und Dörge stahlen am 19. Januar d. J. gemeinschaftlich von einem Wagen in der Ritterstraße drei Wildschweine Corned beef. Eine davon öfneten sie und verzehrten den Inhalt in Gesellschaft des Tangemann. Eine andre Wäsche soll Drossel an sich gebracht haben, was er jedoch bestritt. Die Kammer verurteilte Schulze einschließlicher der Vorstrafen von zusammen 6 Tagen Gefängnis zu insgesamt 2 Wochen Gefängnis, Tangemann und Dörge zu je 1 Woche Gefängnis. Drossel wurde freigesprochen.

Diebereien. Wilhelm Mühlenhaupt, geboren 1893, und Fritz Reinhardt, geboren 1892, zu Burg, stahlen am 28. März d. J. gemeinschaftlich der Witwe Scharnowsky eine alte eiserne Weisfelle und veräußerten solche für 30 Pfg. Mühlenhaupt stieg ferner allein am 26. März in den Garten des Gymnasiallehrers Burghard und stahl ein Zitrrohr nebst Trichter, wofür er 40 Pfg. löste. Wegen dieser Diebereien erhielten Mühlenhaupt 4 Tage und Reinhardt 3 Tage Gefängnis.

In nichtöffentlicher Sitzung wurden die geschiedene Schloffer Sina Michelmann geb. Schüler, geboren 1881, und der Arbeiter Ewald Ring, geboren 1879, hier, wegen Ehebruchs zu je 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Landgericht Halberstadt.
Sitzung vom 4. Juli 1906.

Wissenschaftlich falsche Anschuldigung. Der Arbeiter Bertold Haase und dessen Ehefrau aus Osterleben haben beim dortigen Amtsgericht Anzeige erstattet, daß der Arbeiter Klemm in einer Klagesache wider sie eine falsche Aussage gemacht habe. Es wird festgestellt, daß diese Anzeige wissenschaftlich falsch ist und daß es sich um einen Klagenstreit handelt. Die Ehefrau Haase wurde deshalb zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Klemm mußte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Diebstahl. Angeklagt ist der Arbeiter Gustav Ferdinand Sattler und der Arbeiter Karl Strümpel, beide aus Halberstadt und mehrmals vorbestraft, letzterer sogar einmahl mit Zuchthaus. Die Angeklagten werden beschuldigt, gelegentlich eines Anzugs bei Matthias, Martinian, 1 Teppich, 1 Bettvorleger und Stühle gestohlen zu haben. Die Beschuldigten wollen die bei der Hausdurchsuchung vorgefundenen Sachen von Frau Matthias geschenkt bekommen haben. Die Beweisaufnahme ergibt die Schuld des Angeklagten Sattler. Er wird wegen Diebstahls im Kleinen zu 6 Monaten verurteilt. Strümpel dagegen wurde freigesprochen.

Zufälligkeit und Körperverletzung. Der Kellner Friedrich Lang aus Magdeburg ist beschuldigt, von der Dirne Bunte teilweise Geld zu seinem Unterhalt erhalten zu haben. Die Geldbeträge werden auf 1500 Mark angegeben. Außerdem hat er die Dirne in Café Reinhardt in Magdeburg körperlich mißhandelt. Wegen Zufälligkeit beziehungsweise Ausbeutung und Körperverletzung lautet das Urteil auf 2 Monate Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe.

Hinter verschlossenen Türen wird gegen den erheblich vorbestraften Eisenbrecher Eduard Walter aus Thale verhandelt, welcher wegen unzüchtiger Handlungen und Erregung öffentlicher Mergereitnisse angeklagt ist. Das Urteil lautet auf 1 Jahr Gefängnis.

Intellektuelle Urkundenfälschung. Der Arbeiter Gustav Preuß, ohne festen Wohnsitz, hat vorsätzlich bewirkt, daß eine Falschidentkarte auf solchen Namen für ihn ausgestellt wurde. Außerdem hat er sich Papiere mit falschem Namen zum besseren Fortkommen angefertigt. Unter Einziehung einer bereits gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe von 4 Monaten lautet das Gesamturteil auf 5 Monate Gefängnis.

Militär-Justiz.

Militärische Robeit. Aus Straßburg schreibt uns unser w.-Korrespondent unterm 2. Juli: Unter den vielen Mitteln, mit denen beim preussisch-deutschen Militär schikaniert wird, nimmt bekanntlich das sogenannte „Bajonetieren“ eine hervorragende Stellung ein. Die Liebesbajonette, die zu Gewehrübungen wie zum Fechten benutzt werden, haben ein sehr erhebliches Gewicht, das das Schlingengewehr bedeutend übersteigt. Unter dem Vorwand der „Muskelstärkung“, der „Kräftigung des Brustkastens“ u. a. m. werden nun Soldaten, die sich irgendwo bei ihren Vorgesetzten mißliebig gemacht haben, gezwungen, in einer weit über das Höchstmaß hinausgehenden Weise bis zur vollständigen Erschöpfung diese Bajonette zu „sitzen“, d. h. dieselben ungenügend (über 100) Male im gleichmäßigen Tempo vorzutreten und wieder zurückzuziehen. Diese Schinderei, die allmählich den gesündesten Menschen auf den Kuro bringt, wird noch erhöht, indem man die Liebesbajonette in den Schattten unter die heißen Strahlen der Sonne stellt und es findet sich, besonders unter den Unteroffizieren und Leutnants eine große Zahl von Soldatenerziehern, die kein größeres Vergnügen kennen, als eine solche raffinierte Schinderei. Ein noch größeres Vergnügen finden diese Herren in Kontrastfechten (Fechten zweier Soldaten miteinander), und es ist gar keine Seltenheit, daß man einem in Fechten etwas ungewandten Rekruten einem fortgeschritteneren und zugleich roheren Gefesellen gegenüberstellt, wobei natürlich unvermeidlich ist, daß der erstere, trotz seiner Leberbürgen in der denkbar gemeinsten Weise durch Stöße mit dem Bajonett mißhandelt wird. Ist der „alte Mann“ nicht ruppig genug, so tritt eventuell ein Unteroffizier an seine Stelle und malträtiert seinen Gegner in der brutalsten Weise — unter dem Vorwand, daß jener dadurch am besten die Parade (die Wehr des gegnerischen Stoßes) erlerne. Daß hierbei auch Unglücksfälle, sogar mit tödlichem Ausgang, sich ereignen können, ist selbstverständlich und auch bekannt. Dies wollten wir bei der Besprechung einer Verhandlung vorausschicken, die sich vor dem Kriegesgericht der 81. Division (Straßburg) soeben abgepielt hat. Ein Musketier erklärte, nachdem er (zum ersten Male) einen Gang Kontrastfechten hatte, er könne nicht mehr fechten, da er Schmerzen in dem Arm habe. Auf den Befehl des aufsichtführenden Offiziers, dann die Fechterstellung einzunehmen, tat der Musketier dies, machte auch die anbesohlenen Bewegungen mit dem Bajonetiergewehr, blieb aber einem Kontrastfechter gegenüber dabei, er könne wegen Schmerzen im Arm nicht fechten. Daraufhin ließ ihn der aufsichtführende Offizier abführen. Vor dem Kriegesgericht sagte der Angeklagte aus, der Sergeant Siebert, unter dessen Leitung sich das Gefecht abspielte, habe vor dem Ausrücken bemerkt: Heute will ich noch Blut sehen! Das Gericht beurteilte den Musketier wegen Gehoramsverweigerung vor versammelter Mannschaft zu zwei Monaten Gefängnis. Nach der Einleitung, die wir zu diesem Bericht gegeben haben, können wir ein Urteil unsern Lesern überlassen. Uns kann es nur lieb sein, wenn die Anhaltbarkeit unserer preussisch-deutschen Disziplin in möglichst vielen Richtungen gezeigt wird.

Bermischte Nachrichten.

* **Welches Unheil eine nackte Jünglingsfigur anrichten kann!** Der Bund des weißen Kreuzes in Kassel ist durch den Kapitänbrunnen, der durch eine zielliche, nackte Jünglingsgestalt gekrönt wird, sichtlich verletzt. Er erläßt nun folgenden Aufruf, in dem es unter andern heißt: Die Wollusttünden nehmen zu. Raum hatten wir von dem Selbstmord des Liebespaars gelesen, das sich mit seinem Kinde unter den Eisenbahnen warf, als man von dem Ueberfall einer Frau hörte, der von zwei Lüftlingen im Auegebüsch ausgeführt wurde. Dann folgte sogleich der Luftmord an einem 13jährigen Kinde und nur zwei Tage später das Sittlichkeitsverbrechen an einem 7jährigen Mädchen. Fünf entsetzliche Taten, die gen Himmel schreien in unserm Stadtgebiet im Laufe von circa 10 Tagen! Im Anfang des Jahres 1906 hatten wir 10 Prozent, später wieder 8 Prozent uneheliche Geburten. Wo ist etwa der erste Mensch in Kassel unehelich geboren. Vor der Ehe gezeugt sind viel mehr. Die ärgsten Sünden dieser Art aber werden nicht von der Polizei registriert. Jeder denkende deutsche Mann sieht ein, daß die Sünde da ist, daß sie unserm Volke das Wort ausrauben will. Helfen Sie, daß die Bestrebungen des „Wochen + Bundes“ mehr als bisher unterstützt werden! Die Gemeinden werden mitarbeiten, wenn ihre berufenen Führer es wagen, sie aufzurufen zum Gesellen Gott walte es! — Der Bräunen ist erst am 19. Juni 1906 entbült, man kann ihn also nicht für die 10 Prozent unehelicher Geburten Anfang 1906 verantwortlich zu machen. Ebenso wenig ist anzunehmen, daß das Liebespaar durch den nackten Jüngling zum Selbstmord veranlaßt wurde. Die „Sünde“ hat ganz andre Ursachen, und nicht zuletzt sind diese augenverdrehenden Sittlichkeitsapostel, deren Bestreben dahin geht, den Menschen immer mehr der Natur und dem Natürlichen zu entfremden, daran schuld.

* **Um neun Pfennig drei Monate.** Die ganze Strafe des Geheles kam zum Ausdruck beim Urteil gegen einen Arbeiter L. in Delstutz i. Erzgeb. Dieser war erkrankt worden, er sich seinen Rassekrug mit Kohlen gefüllt hatte, die er mit nach Hause nehmen wollte. Es erfolgte Anzeige und nun hatte er sich vor dem Landgericht in Chemnitz deshalb zu verantworten. Der Wert der gestohlenen Kohlen betrug nur neun Pfennig, weil aber der 30jährige Mann schon zwei Strafen wegen Diebstahls erlitten hatte, war er als rückfälliger Dieb nach § 24 des Reichsstrafgesetzbuchs zu bestrafen, der Zuschlag wurde, die Annahme mildernder Umstände als Mindeststrafe des drei Monate Gefängnis vorzuziehen. Auf diese Strafe erkannte das Gericht. Augenfälliger, als bei diesem Gehörtsverbrechen — man könnte unter Verurteilung der Angeklagten noch darüber streiten, ob überhaupt Diebstahl vorliegt — ist wohl die unethischmässige Härte dieser Strafbestimmung nicht bestritten worden. Wegen eines ungenügend reichen Kruges zugefügten Vermögensschadens von 9 Pfennig werden dem Manne 3 Monate seines Lebens gestrichen!

* **Die Schafgarbe der Eidechsen.** Bekannt ist, daß viele Tiere, und vorzüglich wechselwarme, einen starken Schutz von der Natur in Farbe und Gestalt besitzen bekommen haben und dadurch den Nachstellungen ihrer Feinde leicht entgehen. Die Farbe des Hais ist so vollkommen erdtrüblich, daß man den Walg des in seinem Lager liegenden Hais nur schwer von der Umgebung zu unterscheiden vermag. Manche Schmetterlinge sind nicht zu sehen, wenn sie auf alter Baumrinde sitzen, andre gleichen wieder welfen Blättern. Am wenigsten ist die veränderliche Schafgarbe der Eidechsen bekannt. Die gewöhnliche Eidechse sieht ziemlich schwarz aus, wenn sie sich ein paar Minuten auf dunklem Boden aufhalten hat; setzt man sie auf grünes Laub, so nimmt sie eine grünliche Färbung an; auf einem alten Holzblock sitzend, ist sie fast nur mit Mühe von dem Holz zu unterscheiden, ihre Farbe wird dunkelgrün grau wie ein Stück verwittertes Holz. So können fast alle Arten Eidechsen ihre Farbe verändern, sprichwörtlich geworden ist ja der schnelle Farbenwechsel des Chamäeleons, der aber nicht als Schafgarbe angewendet wird, sondern auch bei heßer Erregung verändert sich die grüne Farbe dieses Tieres in eine schwarzliche.

* **Sie stahlen wie die Raben** — die Budapestter Redakteure nämlich, die der neu ernannte Gouverneur von Fiume, Graf Kalo, für geleistete Preßdienste zu sich einlud. Am Empfangsabend des Gouverneurs ließen sie ganze Schachteln Havanazigaretten und

Vereine und Versammlungen.

Städtische Arbeiter.

Am 29. Juni tagte in der Bürgerhalle eine Besprechung der Gartenbauarbeiter. Th. referierte über die Lohnangelegenheiten...

Vereins-Kalender.

- Brannerarbeiter! Sonnabend den 7. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung bei Küster, Fabrikstraße 5-6.
Verband der Kupferarbeiter. Sonnabend abends 8 1/2 Uhr...

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00-22,00. Speisebohnen (weiße) 21,00-38,00. Weizen 24,00-60,00...

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbunzlau, Saun, Rudweis), date (2. Juli, 3. Juli), and water level changes (+0.04, -0.15, +0.25).

An unsere geehrten Abonnenten!

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbetrag bis zum 8. eines jeden Monats entrichtet sein muß.

das Inventar mit 150 000 Mark. Es steht fest, daß 12 Häuser gänzlich, 20 teilweise verbrannt sind. Bei den Arbeiter wurde ein Feuerwehmann so schwer verletzt...

Die rasch sich die Industrie die Katastrophe zumute machte, konnte man eine gute Stunde nach Beginn des Brandes schon bemerken...

Bei Meiderich schlichen sich zwei Knaben beim Kohlensuchen unter einen Eisenbahnzug. Als dieser abfuhr, wurde einer sofort getötet...

Schwere Unglücksfälle. Bei Meiderich schlichen sich zwei Knaben beim Kohlensuchen unter einen Eisenbahnzug...

Landesverrat. Vor dem Reichsgericht fand am Mittwoch die Verhandlung gegen den 22-jährigen Maschinenbaukünstler Jakob Dolken aus Essen (Ruhr) statt...

Dynamitexplosion in einem Bergwerk. In Centralia (Pennsylvanien) schlug der Blitz in ein Bergwerk, wurde dort durch einen Erdbodenbeben weit unterirdisch fortgeleitet...

Erdbeben in Montenegro. Am Mittwoch wurden in Cetinje zwischen 5 und 11 Uhr vormittags vier Erdbeben, zwei leichte und zwei ziemlich starke, verspürt...

Literarisches.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 40. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Spotten ihrer selbst...

Von der 'Neuen Gesellschaft', sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lilly Braun, ist soeben das 27. Heft des 2. Bandes erschienen...

Bigaretten in ihren Taschen verschwinden und nahmen mit den Süßigkeiten des Wäffels auch manchen SilberlöffeI sich als Andenken mit. Außerdem verlangten sie vom Gouverneur für ihre wohlwollende Berücksichtigung...

Ein Mann mit fünf Frauen. Man kennt Bigamisten und Trigamisten, aber daß ein Mann fünf Frauen zum Alter führt, um sie finanziell zu beschwindeln...

Auch ein Hundeleben. Unlängst hat eine Dame aus Boston ein Verzeichnis der Bekleidungs- und Ausstattungsstücke ihres Bulldog-Hundes aufnehmen lassen...

Kleine Chronik.

Der Brand in Hamburg.

Die Ursache des Brandes der großen Michaelskirche ist jetzt festgestellt. Beim Abreißen von Kupferplatten im Turm wurde eine Platte gelöst...

Die Grundmauern der Häuser wurden gesprengt, damit nach Möglichkeit ein Weiterausbreiten des Brandes verhindert wurde. Beamte der Straßenbahn schnitten die Kupferdrähte der Leitung ab...

Advertisement for Friedrich Brandt, featuring 'Hausbrot', 'Friedrich Brandt', and 'Frida'.

Advertisement for Wilh. Ziebach, featuring 'Todesfälle', 'Geburten', and 'Eheverträge'.

Advertisement for Petrich hier, featuring 'Todesfälle', 'Geburten', and 'Eheverträge'.

fagen: „Wir glauben Ihnen nicht, denn Sie sind ehrliche Leute.“

Der Redner warnte dann die Franzosen sehr energisch vor weiterem Geldgeben an Rußland und schloß mit folgenden Worten: „Nie war Rußland, das fühle ich, der Elke der Franzosen so teuer, als seit der Zeit, da es für die Freiheit leidet, kämpft und stirbt. Rußland, nimm in dieser tragischen Stunde, an der Schwelle einer der furchtbarsten Revolutionen der Welt, die Schuldigung der Söhne der Männer von 1789 und des Jahres 2 entgegen! Und bis unser republikanisches Parlament dem im Taurischen Palaste einen brüderlichen Gruß überfendet, richten wir, einfache Bürger, vom gleichen Gefühl der Weltbrüderlichkeit befeelt, unsere heißesten Wünsche und unsere aufrichtigsten Zuldigungen an die Opfer der Autokratie.“

Letzte Nachrichten.

* Petersburg, 5. Juli. Ein Tagesbefehl des Oberkommandierenden des Petersburger Militärbezirks und der Garde ordnet an, gegen den Kommandeur sowie gegen den Bataillonskommandeur, die Kompaniechefs sowie gegen die übrigen Offiziere und Mannschaften des aufgelösten ersten Bataillons des Preobraschenski-Regiments eine Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen dem Gericht zu übergeben. Gleichzeitig erhielten der Kommandeur der ersten Brigade der ersten Garde-Infanteriedivision, der Kommandeur der ersten Garde-Infanteriedivision und der Kommandeur des Gardekorps einen Verweis. — Es muß also auch da schon nicht mehr klappen! —

Hd. Niga, 5. Juli. Der vom hiesigen Kriegsgericht zum Tode verurteilte Kleinbürger Hermann Markowski, dessen Kassationsklage vom Oberkriegsgericht zurückgewiesen wurde, ist gestern in der Vibauer Zitadelle hingerichtet worden. —

Hd. Warschau, 5. Juli. Da wegen der Attentate auf Polizeiorgane die letzteren willens sind, nicht weiter zu dienen, und tatsächlich die Polizei in verschiedenen Bezirken den Dienst bereits eingestellt hat, so wird beabsichtigt, zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eine Bürgermiliz zu errichten. —

Hd. Warschau, 5. Juli. Wegen revolutionärer Propaganda verurteilte das Kriegsgericht vier Angeklagte, einen Offizier und drei Soldaten, zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien, zwei Artillerieoffiziere zu 3 Jahren, einen Angeklagten zu 4 Jahren Zwangsarbeit. Fünf Angeklagte, darunter ein Offizier, wurden freigesprochen. —

Hd. Stuttgart, 5. Juli. Die Protestversammlung gegen die Meßregeln in Rußland war von etwa 1500 Personen besucht. Es gelangte die bereits in Berlin und Frankfurt angenommene Protesterklärung zur Annahme. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Juli 1906.

— Die Kunst dem Volke. Die Proletariatsmassen drängen nach oben, dem Licht entgegen. Sie kämpfen nicht nur für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, nein, sie wollen auch der kulturellen Kultur teilhaftig werden. Von beschränkter oder böswilligen Politikern ist vielfach behauptet worden, das Streben der Arbeiter sei nur auf die Befriedigung des Magens gerichtet. Das ist natürlich der größte Unsinn. Die Arbeiterbewegung mußte sich allerdings in den ersten Jahrzehnten darauf beschränken, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben, die schrecklichsten Uebelstände zu beseitigen, um so den Reizungsboden für die Weiterentwicklung zu schaffen. Kaum waren aber einige Lichtstrahlen der Kunst unter die Entertenten gefallen, da erwachte der Drang nach dem Licht mit elementarer Gewalt. Die Arbeiter versuchten, wenn auch im Anfang mit geringen Mitteln, sich langsam und tastend der Kunst zu nähern. Aus diesem Triebe heraus haben sich auch die Volksvorstellungen, Volkstheater u. dergl. entwickelt. Auch die Magdeburger Arbeiterchaft hat den Anfang dieser Bewegung hinter sich. Im Hinblick auf das lebhafteste Kunstinteresse, das die Schillerfeier im vorigen Jahre wachgerufen hat, hielt es der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für seine Pflicht, den Mitgliedern bei dem am 7. Juli in „Luisenpark“ stattfindenden Sommerfest des Sozialdemokratischen Vereins ein ähnliches künstlerisches Konzert zu bieten. Die Mitglieder mögen also recht zahlreich erscheinen, damit sie sich mit den Schätzen der Tonkunst bekannt machen können. Genossen, agitiert noch während der wenigen Tage für guten Besuch des Konzerts. Bei ungünstigem Wetter findet daselbe im Saale statt. —

— Ein zoologischer Garten in Magdeburg? Der Ausschuß, der in der letzten Stadtverordnetenversammlung eingesetzt wurde zur Vorbereitung der Vorlage über einen Fest- und Spielplatz auf dem Rotehorn, hat sich mit dem Projekt einverstanden erklärt. Der Ausschuß beschloß im Anschluß an die Beratung des Projekts, den Magistrat zu ersuchen, ein genügend großes Gelände zur Errichtung eines Magdeburger zoologischen Gartens auf dem Rotehorn zu reservieren. Es ist kaum anzunehmen, daß sich der Magistrat damit nicht einverstanden erklärt. Dann aber wäre nur zu wünschen, daß man mit Energie daran geht, den Plan der Errichtung eines zoologischen Gartens zu verwirklichen. —

— Den Stadtverordneten ist für die heutige Sitzung noch ein Nachtrag zu der Tagesordnung zugegangen. Eine der Vorlagen betrifft die Bewilligung von 19 100 Mark zur baulichen Instandsetzung und Ausschmückung des Rathauses. —

— Ans der Metallindustrie. Bis in die letzte Zeit hinein mußten von uns die Zustände geahndet werden, die in den Betrieben der Metallindustrie zum Schaden der Arbeiter noch herrschen und dringender der Abhilfe bedürftig. Registrierten wir doch erst vor einigen Tagen vom Grusonwerk die Tatsache, daß in einer Werkstätte (Schmiede) an einem Tage gleich vier Unfälle passierten, von denen zwei schwerer Natur waren, so daß sie wiederum die Zahl derjenigen vermehren werden, welche das Grusonwerk als dauernde Krüppel erzeugt. Wir wiesen auch auf die Ursachen hin und sind nach wie vor überzeugt, daß bei einigem guten Willen diese Ursachen beseitigt werden könnten und damit nicht nur der größte Teil der Unfälle verhindert, sondern auch im Gesundheitsstand und der Lebensdauer der Arbeiterchaft eine wesentliche Besserung vor sich gehen würde. Wenn solcher Erfolg folgt, dann müßte angenommen werden, daß die Ursachen auch sofort beseitigt würden. Doch das Gegenteil; wir ließen die Arbeiterchaft nicht im Zweifel darüber, daß bei der Sachmängelhaftigkeit, mit welcher die hiesigen Unternehmer, abgesehen von wenigen Ausnahmen, den Verbesserungsverschlüssen der Arbeiter entgegenstehen, jeder Schritt Verbesserung erkämpft werden muß. Der Vorsitzende des Industriellenverbandes und erster Direktor des Krupp-Grusonwerks, Herr E. Sorge, ist sicher derselben Meinung und möchte daher die Arbeiterorganisation, von deren Stärke der Ausgang eines Kampfes natürlich abhängig ist, nach Möglichkeit schwächen. Und da ist er trotz aller Erfahrungen der letzten Zeit auf folgendes Mittel verfallen: „Er ruft den Kleinstrenten und beauftragt diesen, den Leuten in ihrer Werkstatt Mitteilung zu machen, daß sie doch nicht den Verband brauchen, da die Firma bei einer etwaigen Aussperrung jedem Ausgesperrten gleichfalls 15 Mark und für jedes Kind 1 Mark Unterstützung geben würde.“ Was will der Herr Vorsitzende des Industriellenverbandes denn mit solchen Mitteln täuschen? Zwei Tugend solcher Arbeiter, die auch für den Betrieb nicht in Frage kommen und ihm nichts nützen können. Das gewaltige Gros der Metallarbeiter ist aufgeregter und läßt über solche Versuche, sie an der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern. Ober sollte Herr Direktor Sorge wirklich das Märchen geglaubt haben, das von

Sirch-Dunderscher Seite verbreitet worden ist, der Metallarbeiterverband habe während der letzten Monate eine starke Einbuße an Mitgliederzahl erlitten? In diesem Falle wollen wir ihm mitteilen, daß die Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes im letzten Vierteljahr trotz alledem weiter gestiegen ist, und zwar von 9087 am 1. April auf 9502 am 30. Juni. Das Mittel des Herrn Direktors scheint uns aber auch ein Beweis dafür zu sein, daß der Vortrag des Herrn Justizrat Dr. Stern in der „Freundschaft“ auf die Herren der Metallindustrie keinen Eindruck gemacht hat. Unser Berichterstatter wurde bekanntlich aus jener Versammlung hinausgewiesen, dagegen gestatteten die anwesenden Unternehmer dem Blume und Böhler vom Sirch-Dunderschen Gewerbeverein den Zutritt, weil sie die Unternehmer anboteln und Hilfe gegen die freien Gewerkschaften. Der Bericht, der hierüber in der „Magdb. Zig.“ erschien, wurde in einer Versammlung in Uckerleben verwendet, und der auswesende Begier suchte sich damit zu entschuldigen, daß er Mitteilungen über den Verlauf jener Versammlung machte, die auch eine größere Öffentlichkeit interessieren werden. Danach soll Herr M. Arendt, der Chef der Firma Mundlos u. Co., dem Justizrat Stern zugewandt: „Hand aufs Herz, meine Herren, wenn wir Arbeiter wären, wir machten es doch ebenso!“ Die Versammlung soll dann infolge des heftigen Widerspruchs fast in die Brüche gegangen sein. So die Mitteilungen, die selbstverständlich der Versammlung nicht als Entschuldigung dienen für das Verhalten der beiden Gewerbevereine, aber doch das oben von uns Gesagte bestätigen. Die Arbeiterchaft wird aber aus allem ihre Lehren ziehen und wir zweifeln nicht daran, daß sie gerade nach Kenntnis solcher Vorgänge um so eifriger für ihre Organisationen tätig sein wird. —

— Vertierung des Bieres. Der Zentralverband norddeutscher Brauereien, dem auch die Magdeburger Brauereien angehören, hat den Preis für Faß- und Flaschenbier um zwei Mark pro Hektoliter erhöht. Die Gastwirte, die bekanntlich schon wiederholt erklärten, daß sie die erhöhte Belastung durch die Brauereien nicht tragen könnten, werden nun nicht mehr lange säumen und ihrerseits von dem Bierzentralverein höheren Preis fordern. Mithal zahl! Bereits haben die Restaurateure, die „echte“ Biere auskochen, für diese den Preis um 5 Pfennig für $\frac{1}{10}$ oder $\frac{1}{4}$ Liter erhöht. —

— Fortbildungspflicht und „bringende Arbeit“. In Hagen sollte der Fabrikant Schmidt das Ortsstatut über die Fortbildungspflicht dadurch abtreten haben, daß in verschiedenen Fällen seinen Lehrlingen die zum Besuch der Fortbildungsschule erforderliche freie Zeit nicht gewährt wurde. Seine beiden Lehrlinge veräußerten häufig den Unterricht, und zwar war die Entschuldigung „bringende Arbeit“, „eilige Arbeit“ ufm. Dem Lehrer fiel das so auf, daß er äuferte, die Lehrlinge Schmidts veräußerten den Unterricht so oft, wie sonst niemand, und er werde solche Entschuldigungen nicht mehr annehmen. Die Strafkammer zu Hagen verurteilte den Fabrikanten zu Geldstrafe. Das Gericht bezog sich auf die Bestimmung des Ortsstatuts, wonach der Gewerbeunternehmer die Lehrlinge so zeitig zur Arbeit zu entlassen habe, daß sie rechtzeitig und ungehindert zum Unterricht in der Fortbildungsschule erscheinen könnten. Das Kammergericht verworf die hiergegen vom Angeklagten eingelegte Revision, indem es unter anderem ausführte: Ganz abwegig sei es, wenn die Revision klammern wolle, daß für den Geschäftsherrn ein dringender Grund vorgelegen habe, den Lehrling die Fortbildungsschule nicht besuchen zu lassen, weil er viel zu tun gehabt hätte. Die Ausbildung des Lehrlings sei dem Geschäftsherrn zur Aufgabe gemacht, und er werde mit Strafe bedroht, wenn er die Lehrlinge nicht in die Schule schicke. Das Bedürfnis des Geschäftsherrn dürfe dieser nicht dadurch bedenklich sein, daß er die Lehrlinge der Schule entziehe. Habe er so viel Arbeit, daß er in der fraglichen Zeit einer Kraft bedürfte, dann müsse er eben für eine andere Person sorgen, die die Arbeit macht, dürfe aber nicht den Lehrlingen die zu ihrer Ausbildung nötige Zeit wegnehmen. —

— In eine eigentümliche Erbschaftsangelegenheit ist die Stadt Meißner verwickelt. Ihr ist ein Erbe von nahezu 200 000 Mark zugefallen, sie muß davon aber den größten Teil herauszahlen, wenn eine gewisse Person am 8. Februar 1903 noch gelebt hat. Es handelt sich um den am 16. November 1838 in Halle a. S. oder in Magdeburg geborenen Kupferschmied Friedrich Ernst Hermann Böbel, der vielfach auf Wanderschaft gewesen, wiederholt nach Magdeburg, seinem früheren Wohnort, zurückgekehrt, zuletzt 1895 viermal auch nach 1896 oder 1897 dort gesehen worden und 1898 nach Düsseldorf, Dortmund und Darmen gereist sein soll. Böbel galt seit Jahren als verschollen, und es darf angenommen werden, daß er am 8. Februar 1903 aus dem Leben geschieden war. Dies muß aber erwiesen sein. Wer den Nachweis zuerst führt, erhält von der Stadt Meißner 3 000 Mark Belohnung. —

— Aristokratie und Plutokratie. Fräulein Barbara, Friedrick Krupps zweite Tochter, ist dem Beispiel ihrer Schwester gefolgt. Sie hat sich mit dem Regierungsrat Dr. Philo Freiherrn v. Wilnowski verlobt. Der Bräutigam ist der älteste Sohn des neuen Oberpräsidenten unserer Provinz. Er steht im Alter von 23 Jahren und hat erst am letzten Sonntagabend in Berlin sein Heiratsverlangen bekannt. Als Lohn für das glückliche Überstehen der Examen konnte der neugebackene freiherrliche Herr das Jawort des bürgerlichen Goldfisches entgegennehmen. Es ist schon so: Das Geld läßt alle Standesunterschiede verschwinden. —

— Rohheit. In höchst unsittlicher Weise machten drei Strolche am Mittwoch abend kurz nach 8 Uhr den Promenadenweg nach dem Herrenkrug unmittelbar hinter der Herrenkrugbrücke, zum Schauplatz ihrer Tätigkeit. Ein in Begleitung seiner Frau und seiner Schwester dort gehender Herr wurde ohne jede Ursache von diesen Rowdys mit gemeinen Redensarten belästigt. Als der Herr sich das energisch verbat, machten die Helden Unfalten, gemeinsam über ihn herzufallen; sie drangen mit wüsten Schimpfreden auf ihn und seine Begleitenden ein, dabei den Spazierstock sowie den Knäuel des Herrn zerbrechend. Erst dem Dazwischentreten einiger Soldaten gelang es, die Unholde zum Reißausnehmen zu veranlassen. Von dem Publikum, das sich angesammelt hatte und größtenteils den sog. „besseren Ständen“ angehörte, ergriff niemand die Partei der Bedrängten; auch ein Schutzmann war — wie meist in solchen Fällen — nutzlos zu sehen. Es wäre wohl zweckmäßig, wenn unsere Polizei derartigem Gesindel etwas härter auf die Finger setzen würde, oder muß es erst dahin kommen, daß ein anständiger Mensch nur noch mit einem Revolver bewaffnet ausgehen darf, wenn er nach des Tages Last und Mühe ein wenig frische Luft schöpfen will? —

— In die Freiheit zurückgeführt ist der vor einigen Tagen am Tracener Wasserfall gefangene 2 Meter lange Stör. Der Badeanstaltsbesitzer Druff hatte dem Fisch eine Felle der Unflut zum vorübergehenden Unterschlupf angedeutet. Als Herr B. am Dienstag früh nach seinem Pflegebeschlusse sah, war er nicht wenig erstaunt, denselben nicht mehr vorzufinden. Die Sehnsucht nach der Nordsee war in dem Stör stärker als die nach dem Fischmarkt. Aus diesem Grunde war er in der Nacht einfach ausgebrochen. Einen Stadtdirektor hinter den Gitterriegel zu lassen, hat die hiesige Fischereiverwaltung abgelehnt. —

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 5. Juli 1906.

Begreifliche Erregung. Der Weichselbische Paul Janowsky, geboren 1892, und seine Mutter, die verheiratete Karoline Janowsky geb. Schlichty, geboren 1860, zu Neuhäsel, haben am 18. März d. J., als sie infolge der Ermittlung die Wohnung räumen mußten, den Hauswirt Rollenbauer geschlagen und getreten. Frau Janowsky gebrachte dabei einen Knüttel. Das Schöffengericht

nahm gemeinschaftliche Körperverletzung als erwiesen an und verurteilte am 22. Mai den Paul Janowsky zu 1 Woche Gefängnis; seine Mutter unter Einrechnung einer Vorstrafe von 14 Tagen Gefängnis zu 2 Monaten und 1 Woche Gefängnis. Die Berufungen der beiden Angeklagten wurden verworfen. —

Ein „grober Exzeß“. Während des Ruffertreffs wurde der Möbelpader Lange als Arbeitermörder von der Firma Otto Kraus hier beschuldigt; er fuhr am 14. April d. J. seine eignen Möbel nach der Neuhäselstraße 42, um sie dort in seine Wohnung zu schaffen. Beim Abladen wurde er von streikenden Ruffern und Arbeitern daran gehindert, so daß er polizeiliche Hilfe nachsuchen mußte. Als Lange den Möbelwagen abends wieder auf die Straße fahren wollte, erschloß in der Jakobstraße die Wagenlaternen. Nunmehr wurde er wieder von den Streikenden, worunter sich auch ein Arbeiter Walter Dackstein, geboren 1877, und Otto Ruffmann, geboren 1879, hier, befinden, angehalten. Einige fielen den Pferden in die Hängel und hielten das Fuhrwerk auf. Lange wehrte die Angreifer mit einem Knüttel ab, erhielt aber von Ruffmann mit einem Klamm einen Schlag über die Hand. Dackstein hielt die Pferde in der Hofstraße fest, bestieg von hinten den Wagen und würgte Lange am Hals. Dieser riß sich los und flüchtete. Ruffmann verzierte ihn bis zum Kaiser-Wilhelmplatz. Unterdes soll Dackstein die beiden Wagenpläne des Fuhrwerks zerschneiden haben. Als er am 23. April nach dem Polizeigebäude in der Jakobstraße fuhr, erlitt er heftigen Widerstand geleistet haben. Die Angeklagten behaupten, Lange habe sie in der Jakobstraße von seinem Fuhrwerk aus mit einem Knüttel geschlagen. Die beiden Pläne will Dackstein nicht zerschneiden, auch bei seiner Ertterung am 23. April den beiden Schulden keinen Widerstand geleistet haben, vielmehr von ihnen gemißhandelt sein. Sie hätten ihn geschlagen und ihm den Daumen zerbrochen. Ein Knabe belaudete, er habe deutlich gesehen, daß Dackstein nach den Plänen hin geschlagen habe. Lange will sich erst mit einem Knüttel gewehrt haben, nachdem ihm Ruffmann mit einem Klamm auf die Hand geschlagen hätte. Der Schutzmann Lange behauptet eiblich, Dackstein habe Widerstand geleistet und sei deshalb gewaltfam abgeführt worden. Er habe um sich geschlagen und sich gekümmert. Der Schutzmann Wartenberg läßt sich dieser Aussage an und will dem Dackstein absichtlich den Daumen nicht verborgen haben. —

Der Staatsanwalt hielt die Anklage im vollen Umfange aufrecht. Mit Rücksicht auf den großen Exzeß und die erheblichen Vorstrafen beantragte er gegen Dackstein 5 Monate Gefängnis. Der Verteidiger des Dackstein, Rechtsanwalt Dr. Pauls, führte aus, daß die Sachbeschädigung und der Widerstand nicht nachgewiesen seien. Dackstein sei von den Schulden bei der Abführung zu hart angefaßt und habe nur vor Schmerz um sich geschlagen. Betreffs der leichten Körperverletzung dürste nur auf eine geringe Strafe zu erkennen sein. Der Verteidiger des Ruffmann, Rechtsanwalt Landsberg, erklärte, daß nicht gemeinschaftliche, sondern nur einfache Körperverletzung vorliege. Lange habe den leichten Schlag mit dem Klamm mit Knüttelschlägen erwidert, Ruffmann sei daher für straflos zu erklären, es milde zu bestrafen. Es sei ihm auch die Untersuchungschaft anzurechnen, die Ruffmann nicht verschuldet habe. —

Die Kammer verurteilte Dackstein wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung im Stich zu lassen — in Verbindung mit gefährlicher Körperverletzung, Dackstein auch wegen Sachbeschädigung der Pläne und wegen Widerstands, und zwar Dackstein zu neun Monaten Gefängnis, Ruffmann zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft. Dackstein tritt die Strafe an. Ruffmann wird aus der Haft entlassen. —

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Magdeburg, 5. Juli 1906.

Wegen gefährlicher Körperverletzung, begangen an einem Kameraden, ist der Kanonier Hoppe l. Batt. 40. Feldart.-Regt. angeklagt. Er wird beschuldigt und durch die Beweisnahme überführt, einem Kameraden, dem Kanonier Kugelmann, ohne jede Veranlassung, in der Stube die Nüße vom Kopf geschlagen zu haben. Bei der Klausei, die sich aus diesem Vorwurfe entwickelte, schlug Hoppe mit einem Bierglas auf Kugelmann los. Als das Glas zerbrochen war, schlug H. mit dem in der Hand gehaltenen Scherben dem K. über das linke Auge und brachte ihm eine klaffende Wunde bei. Der Vertreter der Anklage beantragte 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. —

Letzte Nachrichten.

* Uttena, 5. Juli. Ueber die Reichstagsersatzwahl in Uttena-Ferlohn liegt endlich die amtliche Zählung vor. Danach erhielt Müller (Freif. Wp.) 7886, Mlade (Ztr.) 7784, Gaarmann (natl.) 6552, Müller (Christl.-Soz.) 1637, Haberland (Soz.) 10546 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Zentrumskandidaten statt, der 48 Stimmen mehr als der Kandidat der Freijüngigen erhalten hat. —

* Paris, 5. Juli. In der Deputiertenkammer beschloß man sich jetzt eifrig mit der Frage, wo die Folgen die Klausei des Dreyfus-Prozesses haben dürften. Das Urteil der Mitte nächster Woche zu erwarten und alle Anzeichen sprechen für eine sofortige definitive Freisprechung Dreyfus' ohne ein neues gerichtliches Verfahren. Es ist sicher, daß in der Kammer eine Interpellation eingebracht werden wird über die Freisprechung Dreyfus' sofort wieder in die Arme eingestellt wird. Ein anderer Deputierter ist der Ansicht, daß Dreyfus eine Entschädigung in Form einer Rangeserhöhung bekommt, und diese Gruppe tritt somit an dem Kriegsminister Etienne das Verlangen stellen, daß er Dreyfus zum Major ernenne. Gleichzeitig wird auch der P. B. Picquart erledigt werden. Der Oberstleutnant Picquart ist wegen seines Eintretens für Dreyfus pensioniert worden. Die Regierung hat nun einen Gesetzentwurf vorbereitet, durch welchen der Kriegsminister von der Deputiertenkammer ernannt wird, den Oberstleutnant Picquart wieder in den aktiven Dienst zu berufen und zwar als Brigadegeneral. Von sozialistischer Seite wird verlangt werden, daß die vom Generalmajor Picquart als ein eiblich überführter Generalstabsoffizier aus der Armee ausgeschieden werden. —

* London, 5. Juli. Nach einer Meldung aus Schanghai ist in China ein Aufstand ausgebrochen. Die Aufständischen verfügen über eine gut bewaffnete Arme von etwa 60 000 Mann. Ein aufständisches Heer von 50 000 Mann griff Heijiang an und nahm die Stadt nach einem hartnäckigen Widerstand seitens der Garnison. Auf beiden Seiten wurden zahlreiche Personen getötet und verwundet. Kaiserliche Truppen besuchen den Aufstand zu unterdrücken. In mehreren Bezirken wurden Staatsbeamte von den Aufständischen ermordet. Zahlreiche Missionen von deutschen, englischen und amerikanischen Missionen, protestantischen sowie katholischen, sind zerstört worden. —

* Peking, 4. Juli. Die japanischen Militärbehörden haben am Sonntag die Stadt Wuchien der japanischen Zivilverwaltung übergeben. Die japanischen Zivilbeamten haben mitgeteilt, es werde beabsichtigt, während der Monate Juli und August die militärische Besatzung aus den Städten der inneren Mandschurie zurückzuführen. —

Wettervorhersage.

Freitag den 6. Juli: Still; ziemlich trübe. Regenfälle; kühl.

Die sexuelle Frage

Eine naturwissenschaftliche, psychologische, hygienische und soziologische Studie für Gebildete

von Prof. AUGUST FOREL

Dr. med., phil. et jur., ehemaliger Professor der Psychiatrie und Direktor der Irrenanstalt in Zürich.

4. und 5. umgearbeitete Auflage (16.—25. Tausend).

VIII und 588 Seiten Gross 8°. — Mit 23 Abbildungen auf 6 Tafeln

Preis broschiert Mk. 8.—

Ein Buch, das keiner Empfehlung mehr bedarf. Gründlich und vorurteilslos, erfüllt von einem mütigen Idealismus, behandelt hier ein Naturforscher und Psychiater von Weltruf das grosse Tatsachenmaterial. Ein hervorragender deutscher Frauenarzt, Herr Prof. Dr. Gustav Klein in München, äusserte sich in einer Universitätsvorlesung über das Buch kurz und bündig: Es ist nicht ein Buch, es ist das Buch über die sexuelle Frage!

Wahns wäscht am besten

- Stanniol . . . Mk. 1.30
- Fiaschenkapseln . . . 0.24
- Neutuch . . . 0.40
- W. Luftschläuche . . . 2.00
- W. Radmäntel . . . 0.36
- Alte Strumpfwolle . . . 0.40
- Alles pro Kilo. . . 40

Lumpen, Gummi, Makulatur, Metalle kaufe zu höchsten Preisen.

F. Gersten, Gr. Junkerstr. 4.

Pfand-Versteigerung Leihhaus Francke

An Dienstag den 10. Juli werden alle im Monat Oktober 1905 beschlagnahmten Sachen

Nr. 8359 bis 11570

versteigert. 16 Genehmigungen nur bis Montag abend 7 Uhr.

Leihhaus Francke
10 Al. Junkerstraße 10.

Mit einem Schlage



Kommt jeder vorwärts, der billig einkauft.

Gustav Möriz, Halberstädterstr. 52

— Telephon 4199. —

Sohlenleder-Ausschnitt

Schuhmacherwerkzeuge, Schuhmacherartikel, Holzsohlen, Holz-Größe Auswahl, paritäten, Cermelak usw. Billigste Preise.

Neu eröffnet!

Gute Zigarren und Zigaretten

Rauch-, Kau- u. Schnupftabake

kauft man bei

Carl Klees

Breiteweg 250 (am Hasselbachplatz)

Haltestelle der Elektrischen.

Neu eröffnet!

Schuhmacher-Artikel, sowie Schäfte

alle gangbaren Sorten, in vorzüglicher Ausführung, empfiehlt

Gust. Hoffmeister

Prälantenstraße 21. 506 Annastraße 44

Kumpf-, Sitz- und Badewannen

auch zu verleihen, empfiehlt äußerst preiswert

O. Janoschek Große Junkerstraße 6a vis-à-vis d. Backauer Bierhalle

Fleisch-Offerte.

Rindfleisch, Schmalz	75 Pf.	Schafes Fleisch u. Schweinefleisch	75 Pf.
Rindfleisch, Keil	65	Rindfleisch, Keil	75
Rindfleisch, Keil	65-70	Rindfleisch, Keil	75
Schweinefleisch, Schinken	70	Schweinefleisch, Schinken	75
Schweinefleisch, Schinken	75	Schweinefleisch, Schinken	100
ausgeschälte Rindfleisch	85	ausgeschälte Rindfleisch	100
Schmalz	55-65	Schmalz	100
Schmalz	65 u. 70	Schmalz	80

Rohes Schinken, im ganzen 1.20 Mk. im Ausschnitt 1.30

Schwibbogen 3, in der Gde.

Fahrräder

neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten ohne grosse Anzahlung und gegen kleine monatliche Abzahlung

4228 bei Albert Brennecke, Sudenburg
Fernsprecher 1938. Ecke Westendstrasse.

Turnschuhe

Segeltuch

mit Gummisohle

26-28 Paar Mk. 1.20

29-35 " " 1.55

36-45 " " 1.95

Hugo Nehab

Johannisberg 2

Spezialgeschäft für Gummivarren, Wachsstück Linoleum.

Burg. Zentralverb. der Maurer Deutschl. Burg.

Einladung

zu dem am Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr, stattfindenden

II. Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Theater u. Ball.

Eintritt 25 Pf. Das Komitee.

Diesdorf. Musik- u. Theaterverein Fidelio

Sonntag den 8. Juli 1906

I. Stiftungsfest

im Stabliement S. Hilbebrandt, bestehend in Gartenkonzert, Theater und Festball, unter gest. Mitwirkung befreundeter Musikvereine. Anfang 3 Uhr. Entree 20 Pf. Familien können Kaffee kochen.

Deutscher Metallarb.-Verband

527 Verwaltung Magdeburg. Fernsprech-Anschluss Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Salbke-Westerhüfen im Lokale des Herrn C. Sandmann in Salbke.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Hoffmann. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Klein-Ottersleben im Lokale des Herrn Schätze.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Branche der Elektromonteur im Lokale des Herrn E. Thiering, Fischlerstr. 28.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schützen. 2. Berufsfragen. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Montag den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Moldenstr.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen R. Henning. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle“.

Tages-Ordnung: 1. Lebensmittelpreise und Arbeitslöhne. Ref.: Arbeitersekretär C. Wölfinger. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Freitag den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Buckau im „Thalia“-Saal, Dorotheenstr. 14.

Tages-Ordnung: 1. Lebensmittelpreise und Arbeitslöhne. Ref.: Arbeitersekretär S. Reims. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wir bitten um guten Besuch vorstehender Versammlungen und machen die Bundeskollegen darauf aufmerksam, daß ihre Versammlung um 10 Uhr halber in diesem Monat an einem Dienstag stattfindet. Wir bitten weiter, daß die zur Beteiligung an Stiftungsfest am 28. Juli notwendigen Abgaben und Programme in dieser Woche von den Zeitungslesern erhältlich sind.

Die Verwaltung.

Kluges aromatische Bleich-Soda

Schäumend, Paket 10 Pfg. führt in allen Lagers 1528

Konsumverein Neustadt.

Freische Waldkaninchen

Stück 80 Pf. 42

Wildschwein im Ausschnitt

Junge Gänse, geteilt

empfiehlt das

Versandhaus E. Wieprecht

Jetzt Schwibbogen 4.

Rechtsschutzstelle des Allgemeinen Frauenvereins.

Frauen und Mädchen, die sich in Rechtsfragen einer Frau gegenüber aussprechen wollen, erhalten unentgeltlich Auskunft in unsern Sprechstunden, freitags von 2 bis 4 Uhr, Peterstraße 1, 1. Treppe. 26

Sie müssen

meine täglich frische, fetle

Molkereigras-Butter

das Pfund 1.20

1.25

1.30

probiert haben, und Sie werden überzeugt sein, daß ich Ihnen, den Preisen entsprechend, etwas hervorragend Feines liefere.

Ohne Konkurrenz.

Prachtvolle delikate

Sandkerfäse . . . Stück 20 Pf.

Bauerkerfäse . . . Stück 5 Pf.

Echter vollfetter

Tüftler, Limburger, Gammelsauer Schweizerkäse

in nur allerfeinsten Qualitäten

täglich frisch.

Butterhandl. Edelweiß

40 Halberstädterstraße 40.

Hochleg. Nähmaschine u. Gar. Spottbillig z. verkaufen Georgenplatz 3 pt.

Geübte Backerinnen und Arbeiterinnen

für die Schokoladen-Abteilung suchen

Müller & Hamel

Schokoladen- u. Zuckerkonfabrik

Altenfelderstraße 24.

Preisskat-Tabellen

— 2 Listen 10 Pfennig —

Buchhandlung Volksstimme.

Burg. Freitag

frische Wurst

Sonnabend und Sonntag

Knoblauchwurst.

Karl Jesse.

Thale.

Sonnabend den 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Reichstanzler“

Volksvereins-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Partei und Gewerkschaften (Ref. Gen. Wigorowski-Stahfurt).

2. Derzeitige Parteiverhältnisse und Regelung derselben.

3. Pflicht der Genossen ist es, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Viktoria-Theater.

Freitag den 6. Juli

Gastspiel Anton Franck und Käthe Grand-Witt aus Hamburg.

Neu! Neu!

Die schöne Marcellerin.

Zirkus-Terrasse

Täglich nachmittags 1/4 4 Uhr und abends 8 Uhr 16

Hörnehme Freikonzerte

des Orig.-Kroat.-Lamburiza-

Damen-Tanz- und Gesang-

Ensembles „Rosalind“.

Ohne Konkurrenz! Glanz, Kostüme!